

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausstatter monatlich 4,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Textzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 300 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 135.

Montag, den 13. Juni 1921.

28. Jahrgang.

Proletarische Einheitsfront in Bayern.

München, 11. Juni.

Die Einheitsfront des Münchener Proletariats zur Erreichung der politischen Generalstreikforderungen ist wiederhergestellt. Die Formel der SPD. ist mit zwei Zusätzen (Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit, Freilassung der unschuldig politisch Inhaftierten) von allen im Streik stehenden Organisationen angenommen und als Parole von der Streikleitung ausgegeben worden.

Die Beerdigung des Abgeordneten Gareis findet Montag nachmittag 5 Uhr auf dem Friedhof statt.

Die Beteiligung am Streik in München ist trotz aller Schikanen sehr groß. Die Musiker der Gaststätten wurden mit der Entlassung bedroht. Der Straßenbahnbetrieb wird von der gelben Beamten-Gewerkschaft zum Teil aufrechterhalten. Die Brauerei-, Hotel- und Warenhausangestellten haben die Arbeit niedergelegt. Die Eisenbahner stehen in Verhandlung mit dem Streikkomitee.

Die Morgenausgabe des „Kampf“ (USP.) wurde heute mit tag beschlagnahmt und die Vorzensur über das Blatt verfügt. Aufrufe des bayerischen Beamtenbundes fordern zum Fernbleiben vom Streik auf. Anschläge und Handzettel reaktionärer Herkunft kamen zur Ausgabe mit dem Inhalt: „Die Waffenablieferung der Einwohnerwehr unterbleibt. Die schon abgelieferten Waffen sind in den Depots sofort abzuholen.“

Die Lage in München ist außerordentlich verschärft worden. So ist die Beschlagnahme der „Münchener Post“ wegen Aufforderung zur Ausdehnung des Streiks auf lebenswichtige Betriebe erfolgt sowie das Verbot des „Kampf“ wegen verletzender Aufforderung zum Mord, Aufforderung zum Generalstreik, Aufforderung zum Besuch einer verbotenen Versammlung und Bestätigung der Regierung an der Ermordung Gareis' mit schuldig zu sein. Trotz der großen Erregung der Arbeiterschaft ist es nirgends zu Ausschreitungen gekommen.

Alle Montagkundgebungen in München verboten

München, 13. Juni.

In einem am Sonntag verbreiteten und von der Polizeidirektion nicht genehmigten Flugblatt der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Organisationen waren die Streikenden aufgefordert worden, am Montag vormittag 11 Uhr in den größten Sälen Münchens zu Versammlungen und nachmittags 2 Uhr auf der Theresienwiese zur Aufstellung eines Trauerzuges zu erscheinen, der sich durch die Stadt zum Friedhof bewegen sollte. Der Staatskommissar, Polizeipräsident Pöhner, hat diese Veranstaltungen verboten und durch Anschläge in der Stadt die Bevölkerung vor der Teilnahme an den Veranstaltungen gewarnt, da mit allen verfügbaren Mitteln gegen die Nichtbeachtung des Verbots eingeschritten werde.

Ueber den Mord an Gareis sind noch keine wesentlichen Fortschritte in der Aufklärung des Verbrechens und seiner Motive erfolgt und man tapft völlig im Dunkeln über den Charakter der Erschießung. Unbekannt wird, daß es zu ersten Ausschreitungen und Aufrührungen in München bisher nicht gekommen ist und daß die ganze Stimmung die Hoffnung zuläßt, daß es dazu auch nicht kommen wird. Aus der weiteren Mitteilung des Blattes ist hervorzusehen, daß Ministerpräsident v. Kahr nach München zurückgekehrt ist. Das Erscheinen des U.S.P.-Blattes „Der Kampf“ wurde vom Polizeipräsidenten bis auf weiteres verboten. Das am Sonntagnachmittag erschienene Extrablatt der „Münchener Post“, worin die Ausdehnung des Generalstreiks auf die lebenswichtigen Betriebe angekündigt wurde, ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Die reaktionären Gewalttäter in München scheinen eine Machtprobe zu beabsichtigen. Die großen Kundgebungen der sozialdemokratischen Partei, die am Sonntag ungeheure Massen in Bewegung gesetzt hatte, sind trotz des polizeilichen Verbotes durchgeführt worden. Panzerautos und die Reichswehrkavallerie stellte sich auf, um gegen die versammelte Arbeiterschaft vorzugehen. Die eritterte Masse wollte der Macht der Soldatengeh Gehör. Aber der Autorität Kuers, des Führers der SPD., gelang es im letzten Augenblicke, das Blutvergießen durch den Abbruch der Demonstration zu vermeiden. Aufgehoben ist nicht aufgehoben. Der Kampf in München hat begonnen. Wie er ausgehen wird, das kann nicht zweifelhaft sein, wenn alle Republikaner und Sozialisten zusammenstehen. Die Arbeiterschaft des ganzen Deutschen Reiches wird diesen Kampf aufmerksam verfolgen müssen, um im geeigneten Augenblicke zu jeder möglichen Unterstützung bereit zu sein. Steht in Bayern endgültig die Reaktion, so wird es um die Sache des Proletariats bald überall im Deutschen Reich schlecht stehen.

Der Plan der Reaktionäre.

Diktatur Eisnerichs oder Rylandsers.

München, 11. Juni. Der Regensburger Anzeiger, ein Organ der Bayerischen Volkspartei, veröffentlicht eine Zuschrift, in der darauf hingewiesen wird, daß politische Kreise am Werke sind, die den ruhigen Gang der Entlassung stören wollen. Das Blatt fragt: Ist es richtig, daß der bekannte deutsch-nationale Oberst Rylander in diesen Tagen bei den Führern des Ordnungsbundes erschienen ist mit der Forderung, Ministerpräsident v. Kahr, der gegen Berlin zu schwach und schlapp gewesen sei, müsse gestürzt werden. Wenn es nötig sei, müsse die Diktatur ausgerufen werden. Dazu sei aber Kahr nicht stark und rücksichtslos genug. Das könnten nur Eisnerich oder Rylander machen.

Interpellation im Reichstag.

Die Unabhängigen bringen folgende Interpellation ein: In der Nacht zum 10. Juni 1921 ist der bayerische Landtagsabgeordnete Gareis, Vorsitzender der Fraktion der USP., ermordet worden. Der Täter ist entkommen. Es steht jedoch fest, daß das Verbrechen angezettelt wurde von den monarchisch-militaristischen Kreisen, die sich unter Begünstigung der Kahr-Regierung in den Einwohnerwehren und Organisationsformen Waffen für ihre reaktionären Pläne geschaffen haben.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um:

1. eine ausgiebige Sühne für die Ermordung des Abg. Gareis zu bewirken;

2. die der Sicherheit Deutschlands im Innern und Außen gefährlichenden Einwohnerwehren und Organisationsformen zur sofortigen Auflösung zu bringen und ihre restliche Entwaffnung zu sichern;

3. in Bayern verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen durch Beseitigung des Ausnahmezustandes und der Volksgerichte?

Was gedenkt sie 4. zu tun, um die verfassungswidrigen, allen reaktionären Umtrieben in Bayern Vorschub leistende Kahr-Regierung daran zu hindern, weiteres Unheil anzurichten?

Diese wichtig dringliche Interpellation muß natürlich sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Oberschlesien.

Neue Angriffe der Polen.

II. Doppel, 13. Juni.

Im Kreise Rosenberg scheiterte ein von polnischer Kavallerie unternommener Angriff. Im Kreise Groß-Strehlitz ist ein polnischer Angriff im Gange.

In der ganzen Kampflinie wurde gestern von den Insurgenten eine lebhafteste Kampfaktivität entwickelt. Die hinter der Front vorgenommenen Bewegungen beweisen, daß keineswegs eine Einstellung des Kampfes beabsichtigt wird. Allein Ratibor-Planica wurde nachmittags durch die Polen mit 32 Schuß Artillerie belegt. Die auf Aufforderung durch die Interalliierte Kommission vom deutschen Selbstschutz geräumten Ortschaften, um sie dem Schutz der Ententeuppen zu überlassen, wurden heute von den Polen erneut besetzt.

Polnische Zwangsmobilisierung?

Eine Verfügung der Obersten Leitung der Insurgenten an alle Gemeindevorstände des von den Insurgenten besetzten Gebietes ordnet die sofortige Anlegung von Rekrutierungslisten der Jahrgänge 1892 bis 1901 an.

Die Insurgentenbehörden stellten der Gemeinde Lautahütte ein Ultimatum, daß sie bis zum 10. Juni die Nachweisung aller dienpflichtigen Leute der Jahrgänge 1892 bis 1901 einzureichen habe.

Verstärkung der Ententeuppen.

Berlin, 11. Juni.

Weitere beträchtliche Verstärkungen an englischen und italienischen Truppen sind nach Oberschlesien unterwegs. Die militärischen Operationen werden von dem englischen General Snicker geleitet. Die alliierten Sachverständigen erklären, daß binnen zehn Tagen das Industriegebiet restlos gesäubert sein werde.

Paris, 11. Juni.

„Petit Journal“ erklärt, daß die am Quai d'Oran bis gestern abend von der Reutersagentur angekündigte englische Note, die den Verzicht auf die neutrale Zone in Oberschlesien enthalte, noch nicht angekommen sei. Man wisse also auch noch nichts von einem englischen Verlangen, daß Gewalt gegen die polnischen Aufständischen angewendet werden solle.

So widersprechen sich die Nachrichten. Sicher ist nur eines: Engländer und Franzosen haben die mittlere Linie, auf der sie sich einigen wollen, immer noch nicht gefunden. Unterdessen leidet die Bevölkerung Oberschlesiens weiter unter den unglaublichen Zuständen, und immer mehr Gelegenheit wird der nationalpolitischen Feinde gegeben, zur Unzufriedenheit und Unbehagen der Bevölkerung den Schaden davon zu nehmen, die immer niemand anders als das deutsche Volk zu verantworten.

Die bayrische Schande.

Dr. L. Lübbed, 13. Juni.

Seit Monaten erregt das Wort Bayern Wonnehauer in allen gut deutschen nationalen Herzen. Von dort aus sah man in kühnsten Träumen aufs neue die schwarz-weiß-rote Sonne über Deutschland aufgehen, von dort aus sah man die vielgeliebte Knete kommen, die das Volk wieder zur alten Knechtseligkeit niederwerfen würde.

Mit einer ungeheuren und geschickten Propaganda hat man es verstanden, überall im deutschen Bürgertum die Vorstellung zu verbreiten, als ob gerade Bayern das Land bürgerlicher Ordnung und Ruhe sei. Die bayrische Ordnungsgasse spielte eine große Rolle bei allen nationalistischen Umsturzplänen, bei allen Geheimorganisationen und bei allen Waffenverschiebungen.

In der Tat bot ja auch Bayern einen eigenartigen Zufluchtsort allen jenen Männern, die im Uebermaß ihrer Schuld in allen anderen Gegenden Deutschlands sich nicht wohl fühlen könnten. Kriegsverbrecher wie Ludendorff und die Führer und Anstifter des Kapp-Putsches fanden unter dem Schutz des Pöhnerschen Polizeifüßels eine gastliche Heimstätte in München. Für sie alle und für ihre harmlos lächerlichen Uniformdemonstrationen ist Bayern, Altbayern wenigstens, das Paradies.

Aber sind diese Herren das Volk? Und wie steht es in Bayern um die Sicherheit der ganzen Bevölkerung? Nirgend in Deutschland besteht ein solcher Straßenschrecken wie in München. Arbeiterführer sind keine Minute ihres Lebens sicher; keine Versammlung bleibt von den Sprengkolonnen der Deutschnationalen verschont; kein Jude darf sich nachts auf der Straße sehen lassen, ohne daß er eine nationalistische Anpöbelung befürchten muß. Die größte Schande aber für ein kultiviert sein wollendes Volk, der politische Meuchelmord, geht in der bayrischen Hauptstadt erschreckender um als in Barcelona, und aller bewaffnete Selbstschutz, alle Polizei und alle Reichswehr können oder wollen ihn nicht hindern.

Eisner ließ sein Leben auf der Straße, Landauer fiel einem Meuchelmord zum Opfer, und jetzt Gareis. Das Maß ist voll, die Arbeiterschaft hat der „Ordnungsregierung“ Kahr ein warnendes Menetekel an die Wand geschrieben. Drei Tage Generalstreik werden fürs erste genügen, dem bayrischen Bürgertum die Macht des Proletariats vor Augen zu führen; und sie werden vielleicht auch hinreichen, um den bürgerlichen Linksparteien die Augen zu öffnen über den Kurs, den Kahr, Eisnerich und Pöhner eingeschlagen haben. Die Lage spitzt sich zu; und wenn auch einstweilen die Arbeiterschaft durch Panzerautos und Lanzenreiter in Schach zu halten ist, der Konflikt ist unvermeidlich. Die bayrische Schande ist zu einem deutschen Skandal ausgeartet; die Reichsregierung wird aus ihrer schwachen und schwankenden Haltung gegenüber Kahr heraustreten müssen; aufs neue geht es um die Entwaffnung und um die Orgeschauung.

Am gestrigen Sonntag sind nämlich in ganz Bayern Plakate angeschlagen worden, die die Selbstschutzeute auffordern, ihre Waffe zurückzuhalten oder wieder zurückzuholen, da Unruhen der Arbeiterschaft zu befürchten seien. Wird der Sinn der Ermordung von Gareis dadurch nicht offenbar? Die Orgeschau hat kein anderes Mittel mehr, ihre Organisation und ihre Waffen zu retten, als die Aufreizung der Arbeiterschaft. Gareis, als Führer der U.S.P., war das dankbarste Objekt für einen jener Meuchelmorde, die dem Bürger das Frühlingsverdauen helfen, den Arbeiter aber aufs tiefste verwunden und bis aufs Blut reizen. Die Mordbuben mit dem Hakenkreuz oder dem Stahlhelm am Kopf, die Saenger und Hirschfeld überfallen und mißhandelt hatten, waren auch bereit, Gareis aus feigem Hinterhalt die Augen zu schaden.

Und jetzt? Die Schande wird selbst den Aufrechtesten zu groß. Man sucht nach einem Sünder, den man die Schuld zuschieben könnte. Und die „Lüb. Anz.“ haben tatsächlich einen gefunden: den Kommunisten. Wörtlich schreiben sie in der „Deutschen Zeitung“ ab: „Man hält es

nicht für ausgeschlossen, daß Garsis von einem Kommunisten ermordet wurde zu dem Zweck, einen Aufschub heraufzubeschwören." Wie wäre es, wenn man einen jüdischen Ritualmord daraus machte?

Im übrigen scheinen die „Völk. Anz.“ im Grunde den Mordmord zu billigen, da sie den Toten in unwürdiger Weise mit Schmutz bewerfen als einen allgemein verachteten Denunzianten. Und selbst die „Völk. Neuesten Nachrichten“ nehmen, zum erstenmal in ihrem Leben, eine ausgesprochene Stellung ein und beschimpfen den Gemordeten als „pathologischen Fanatiker“.

In Wirklichkeit genos Garsis das Vertrauen auch seiner politischen Gegner in hohem Maße. War er doch der geistige Führer des gemäßigten Flügels seiner Partei, der oft schwere Kämpfe gegen extreme Elemente zu bestehen hatte. Wie dem auch sei, mit der Beschimpfung des Opfers der schamlosen deutsch-nationalen Hezschafft man die Schande nicht aus der Welt, die sich aufs neue an die schwarz-weiß-rote Fahne der Reaktion gekettet hat. Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands wird dem nationalstischen Wöbel entgegenzutreten mit dem entschlossenen Kampfruf: Bis hierher und nicht weiter!

Erhöhung der Bezüge der Kriegsoffer.

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 31. Mai, die jetzt erschienen ist, ist die Teuerungszulage, die den Kriegseinsatzfähigen und Kriegshinterbliebenen zu den Renten zusteht, die nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährt werden, mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab von 25 auf 35 Prozent erhöht worden. Die Erhöhung der Teuerungszulage gilt auch für das Hausgeld. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Einkommensgrenze vorgenommen worden, von der ab das Ruhen der Rente beginnt bzw. Elternrente gewährt wird. Bis jetzt hat das Ruhen der Rente dann begonnen, wenn das steuerpflichtige Einkommen mehr als 5000 Mk. pro Jahr betragen hat. Mit Wirkung vom 1. Januar 1921 wird eine Kürzung erst dann vorgenommen, wenn das steuerpflichtige Einkommen 7000 Mk. übersteigt. Elternrente wird fernerhin unter den anderen im Reichsversorgungsgesetz vorgesehenen Voraussetzungen dann gewährt, wenn die Eltern ein steuerpflichtiges Einkommen von weniger als 3000 Mk. pro Jahr haben. Da durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz der Begriff „steuerpflichtiges Einkommen“ gefallen ist, wird das steuerpflichtige Einkommen im Sinne der §§ 45, 63 und 64 des Reichsversorgungsgesetzes in der Weise berechnet, daß von dem steuerbaren Einkommen für jede Person 1200 Mk. in Abzug gebracht werden. Das Ruhen der Rente beginnt also ab 1. Januar 1921, frühestens bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 8200 Mk. wenn es sich um einen lebenden Kriegseinsatzfähigen oder eine alleinstehende Kriegserwitte handelt. Für jede weitere um Haushalt zählende Person werden weitere 1800 Mk. hinzugezählt, so daß z. B. die Kürzung der Rente bei einer Kriegserwitte mit zwei Kindern bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 10 800 Mk. beginnt. Für das Steuerrechnungsjahr 1921 beträgt der als steuerfrei hinzuzurechnende Betrag für jedes minderjährige Kind nicht mehr 1200 Mk., sondern 1800 Mk. Das Ruhen der Rente beginnt dann auch erst bei einem entsprechenden erhöhten Einkommen. Elternrente steht nunmehr dann zu, wenn ein Elternteil ein steuerbares Einkommen von weniger als 4200 Mk. oder beide Elternteile ein solches von weniger als 5400 Mk. haben.

Diese Verbesserungen des Reichsversorgungsgesetzes haben ihren Ursprung in einer von dem Reichsbund der Kriegseinsatzfähigen, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen im Oktober v. J. an den Reichstag eingebrachten Denkschrift, in der mehrere Anträge zur Veränderung des Reichsversorgungsgesetzes gestellt sind.

Ausdrücklich zu betonen ist, daß die Höhe der Teuerungszulage nur zu den Renten zu gewähren ist, die tatsächlich nach dem Reichsversorgungsgesetz, nicht etwa nach früheren Gesetzen gezahlt werden.

Die Probe aufs Exempel.

Die kinnesterte „Telegraphen-Union“ brachte aus Hamburg unter der tendenziösen Überschrift: „Französische Schifane“ folgende Meldung:

Vom Seefahrtsausfluß wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Am 6. d. M. hat der Bremer Dampfer Wighert der Reederei Hamburg-Bremer Afrika-Linie den Hafen von Duila angefahren. Er ist am Landen und Wachen der Ladung von der französischen Behörde unter der Begründung verhindert worden, daß er die falsche Flagge führe; er müsse statt der reinen schwarz-weiß-roten Handelsflagge die neue Handelsflagge führen. Der Dampfer hat den Hafen von Duila wieder verlassen müssen, obwohl er für französische Rechnung geladen hatte.

Gegen das Verhalten der französischen Behörden ist formal gar nichts einzuwenden. Erst kürzlich haben wir gegen den Vorstehen des Seemannsbundes Paul Müller unseren Standpunkt zu der Flaggenfrage präzisiert. Müller behauptete u. a., die schwarz-rot-goldene Flagge würde im Auslande als Seemannsflagge behandelt werden. Wie obiges Vorkommnis zeigt, wird nicht die neue, sondern die alte Handelsflagge als „Seemannsflagge“ behandelt. Es ist nur bedauerlich und für die deutsche Handelsmarine beschämend, daß diese erst ausgerechnet durch französische Behörden über ihre Pflicht belehrt werden mußte, die Weimarer Verfassung zu achten.

Notstandstarif auf der Eisenbahn.

21. Berlin, 13. Juni. Amlich wird jetzt über die angekündigte Herabsetzung der Preise der Monats- und Wochenkarten bekanntgegeben: Die zum 1. Juni im Fernverkehr in Kraft getretenen Erhöhungen der Tarife bleiben an sich bestehen. Mit Rücksicht aber auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes hat der Reichsverkehrsminister die Einführung folgender Notstandstarife angeordnet: Die Monatskarten werden betrie berechnet, daß ihnen nicht 20, sondern 16 Einzelfahrten pro Monat zugrunde gelegt werden. Die Wochenkarten werden nicht zu Sechsberechtigten, sondern zu Siebenberechtigten, des Monatskartenpreises berechnet. Mit Rücksicht auf die tatsächlichen Schwierigkeiten, werden die neuen Tarife nicht vor dem 1. September eingeführt werden können. Zum gleichen Zeitpunkt werden die auf anderen Grundrissen aufgestellten Zeitkarten des Berliner und Hamburger Vorortverkehrs, die am 1. Juni d. Ss. in Kraft traten, im gleichen Verhältnis ermäßigt werden, wie dies auf den Monats- und Wochenkarten des Fernverkehrs geschieht.

Die Forderungen der bayerischen Arbeiter.

München, 11. Juni.

Die mit dem Streik verbundenen Forderungen zerfallen in drei Gruppen, da die Forderungen der Parteien sich entsprechend ihrer Stellungnahme zum bestehenden Staatswesen in einigen Punkten unterscheiden.

Die S. P. D. stellt folgende Forderungen auf:

1. Schnellste Durchführung der Reichs- und Landesverfassung sowie der Reichsgesetze, tatkräftiges Eingreifen gegen jede Rechtsverletzung und gegen die Beilebung des alten militärischen Geistes in Bayern.
2. Schutz von Leben und Sicherheit aller Staatsbürger.
3. Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beseitigung der Vollgerichte und der Polizeivollmacht.
4. Nachprüfung des Staats- und Vollgerichtsurteils auf Antrag der Betroffenen.
5. Sicherung und Ausbau der demokratisch-sozialen Republik.

Die U. S. P. fordert: Auktritt der bayerischen Regierung, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beseitigung der Vollgerichte, Freilassung der politischen Gefangenen.

Die K. P. D. verlangt neben den anderen Forderungen die Entlassung aller politischen, auch der mit Zuchthaus bestraften Gefangenen.

Auch bürgerliche Organisationen schließen sich der großen Kundgebung an, so ruft der „Republikanische Reichsbund“ zum öffentlichen Bekenntnis zur Republik auf.

Die Versammlung im Ausstellungspalast von der Polizeidirektion verboten mit der Begründung, daß Versammlungen unter freiem Himmel bei der gegenwärtigen Erregung der Bevölkerung eine schwere Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit darstellen, um so mehr als die Möglich-

keit gegeben sei, daß die erregte Menge ihren Führern ähnlich wie im November 1918 (II) aus der Hand gleite. Die Versammlung wird deshalb unter Bezugnahme auf die Anordnung des Staatskommissars mit dem Bemerkten verboten, daß dem Verbot, die Versammlung trotzdem unter freiem Himmel abzuhalten, mit allen verfügbaren Mitteln entgegengetreten wird.

Die Sozialdemokratische Partei erklärt hier zu folgenden:

„Da ohne Not ein Eingreifen mit allen Mitteln angeht, hat die Reaktion die Gelegenheit für gekommen, nun einen Gewaltstreik in ihrem Sinne weiterzutreiben. Dieser Zweck soll nicht erreicht werden. Arbeiterblut ist genug geflossen. Wir wollen nicht, daß Männer aus dem wertvollen Volk der Reaktion zum Opfer fallen.“

Die Begründung des Versammlungsverbotes durch die Münchener Polizeidirektion kann es noch heute nicht verordentliche Erregung der Arbeiterschaft zu mildern. Die Münchener Polizeidirektion kann es noch heute nicht verweisen, daß die Arbeiterschaft ihren Führern im November 1918 „aus der Hand glitt“, d. h. mit anderen Worten, daß in Bayern die Republik proklamiert wurde. Die Ausrufung der Republik, die eine Folge, ja ein selbstverständlicher Teil der Novemberrevolution war, wird also von der Münchener Polizeidirektion als strafbare Handlung angesehen!

Einer W.B.-Meldung zufolge wurde heute auch in Augsburg von den sozialistischen Parteien der Generalstreik proklamiert, der von heute mittag 11 Uhr bis Montag mitternacht dauern soll. Von dem Mörder des Abgeordneten Garsis hat man bis jetzt noch keine Spur gefunden.

Ueb' immer Treu und Redlichkeit.

Wenn wir uns nicht irren, dann trägt das alte deutsche Volkslied, dessen Anfangszeile wir zur Ueberschrift wählten, den Titel: „Der alte Landmann an seinen Sohn“. Unsere Landleute von heute, vor allen Dingen die großen unter ihnen, schimpfen heute noch immer über die Wertlosigkeit der Stadtbevölkerung, über die Unethik, die sich in den Städten breit macht. Das alles sagen sie, um der Welt zu beweisen, wie brav und rechtschaffen sie sind und wie sehr die Werte des alten Landmannes an seinen Sohn betreffend „Treu und Redlichkeit“ auf gutem Boden gefallen und reiche Früchte getragen haben. Nun gibt es aber irgendwo in Deutschland ein Finanzamt, das zum großen Verrger der Steuerpflichtigen, die Geleise sehr genau kennt, und allem Anscheine nach auch mit äußerster Schärfe für die Durchführung derselben sorgt. Dieses Finanzamt liegt in dem für ihn zuständigen Amtsblatt folgende öffentliche Bekanntmachung erscheinen:

„Bekanntmachung.“

In der Zeit vom 18. bis 25. Mai 1921 sind wegen unrichtiger Angaben in ihren Steuererklärungen zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs bzw. zum Reichsnotopfer mit folgenden Beträgen einschließliche der für versallen erklärten und eingezogenen Werte, die nachgenannten Personen vom Finanzamt bestraft worden:

1. Ademann Friedrich Böwe (Mühlum)	57 150 Mk.
2. Ademann Hermann Lemme (Jierau)	141 200 „
3. Landwirt Ernst Benede (Stöckheim)	225 200 „
4. Hotelbesitzer Anton Müller (Salzweil)	109 850 „
5. Landwirt A. Müller (Bramm)	103 450 „
6. Viehhändler Ferd. Wüder (Ellenberg)	18 710 „
7. Rosst und Gastwirt Wilh. Schulz Nr. 2 (Siebenlangenberg)	25 900 „
8. Ademann H. Schulz Nr. 7 (Reddingen)	22 500 „
9. Gastwirt Adolf Schmidt (Winterfeld)	20 250 „
10. Ademann Fried. Müller (Siebenlangenberg)	21 600 „
11. Ademann August Legge (Hohenlangenberg)	32 100 „
12. Gutbesitzer Fried. Krameth (Wien)	24 200 „
13. Kaufmann Otto Klinkow (Salzweil)	56 700 „
14. Ademann Gustav Gose (Mühlum)	43 600 „
15. Ademann Hermann Neuling (Zietzhn)	44 300 „
16. Frau Elisabeth Ergleben (Salzleben)	9 100 „
17. Ademann Joachim Gebde Nr. 3 (Hohenlangenberg)	71 800 „
18. Mühlensel. H. Landsmann (Rohrborg)	142 600 „
19. R. Bierstedt (Klein-Bierstedt)	162 400 „

Insgesamt: 1 361 610 Mk.

in Worten: Eine Million Dreihundertunddreißigtausendsechshundertundzehn Mark. Weitere Strafverfahren sind eingeleitet.

Finanzamt Salzweil, den 26. Mai 1921.

Gratz, Regierungsrat.

In einer Woche hat also ein einziges Finanzamt über 19 Bauern eine Strafe von fast 1 1/2 Millionen Mark wegen Steuerhinterziehung verhängt. Die Ankündigung, daß weitere Strafverfahren eingeleitet sind, läßt allerdings vermuten. Wenn Finanzämtern im deutschen Reich ist dringend zu empfehlen, sich das von Salzweil zum Vorbild zu nehmen. Sie werden sich dann ein großes Verdienst um das Land erwerben, das auf diese Weise sehr viel leichter in den Stand gesetzt wird, seine finanziellen Verpflichtungen zu erledigen. Andererseits aber wird durch ein derartiges Vorgehen die Steuerhinterbergererei der besitzenden Klassen wahrnehmlich — wenn auch nur ein ganz klein wenig — bebohen. Bei der Arbeiterschaft aber wird dadurch am besten der Beweis geliefert, daß nicht nur sie, sondern auch die anderen Kreise unseres Volkes tüchtig zur Steuerleistung herangezogen werden.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir unseren Lesern mitteilen, daß Genosse Scheidemann in einer großen Versammlung vor seinen Wählern in Kassel am 7. Juni die Behauptung aufgestellt hat, daß Herr Stinnes, der vielknappe Milliardär, sich bis auf den heutigen Tag geweigert hat, eine Steuererklärung abzugeben. Wir haben bis heute nicht vernommen, daß diese Mitteilung Scheidemanns nicht den Tatsachen entspricht. Wir nehmen daher Gelegenheit, die Reichsregierung auf diesen Skandal aufmerksam zu machen und sie dringend zu ermahnen, der Steuerhinterbergererei der Besitzenden energig entgegenzutreten und durch ganz exemplarische Strafe dafür zu sorgen, daß endlich auch mal „Treu und Redlichkeit“ in die aufstrebend völlig verdummen Schichten der Großgrundbesitzer, Industriellen, Schieber und Wucherer gelangt.

Der betrogene Runge.

unter dieser Ueberschrift erzählt die „Freiheit“ folgendes:

Der Hufar Otto Runge, der am Mittwoch auf dem Arbeitsmarktes des Berliner Metallarbeiter-Verbandes erschien, von dem Erwerbslosen als Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts erkannt und verurteilt wurde, hat auf dem Polizeipräsidium folgende Angaben gemacht:

„Ich wohne mit meiner Frau und zwei Kindern in der Drauzenberger Straße, besitze keine Barmittel und befinde mich in großer Not, da die Verzinsung, die mir im Gen-

hotel gemacht worden sind, nicht gehalten werden. Es wurde mir feinerzeit bestimmt erklärt, daß nach Verbüßung der Gefängnisstrafe 10 000 Mark beim Rechtsanwalt Gratz sprach in Berlin für mich hinterlegt seien. Jetzt streitet man das ab. Weiter habe ich ein Dokument in den Händen, in dem mir eine monatliche Rente von 300 Mark versprochen wird. Auch das leugnet man jetzt. Ich war deshalb gezwungen, da ich Metallarbeiter von Beruf bin, im Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes in der Dientstraße Arbeit zu suchen.“

Runge, das Werkzeug der Offiziere aus dem Ebenhofel, hatte tatsächlich das Versprechen bekommen, nach Ablauf der Strafzeit bis ans Lebensende versorgt zu werden. Solange er noch mit seinem benomosten Mordkumpen in dem fideles Gefängnis zu Moabit in Untersuchungshaft sah, wurde auch reichlich für ihn gesorgt. Die Mörder, die keine strenge Einzelhaft hatten, weil das für einen Offizier schenbar nicht schicklich ist, veranstalteten während der Haftzeit wahre Sch- und Trintorgien, und Runge war immer Ehrengast bei Tische. Nachdem er dann verabredungsge- mäß alle Schuld auf sich genommen hatte und die Offiziere die Freiheit wiedererlangt hatten, wurde Runge schnell vergessen. Er mußte keine Strafe abtun, die Versprechungen wurden nicht erfüllt. Schon vor einem Jahre hat Runge deshalb ein offenes Geständnis abgelegt, dieses wurde von den Stellen, an die es gelangte, unter sich lagen. Das Geständnis gelangte später in unsere Hände, und wir übergaben es der Öffentlichkeit, worauf der Staatsanwalt eine neue Untersuchung einleitete.

Dürfen wir fragen, wie weit dieses Verfahren bereits gedie- hen ist und welche Schritte der Staatsanwalt eingeleitet hat, um die Herren Offiziere, die als Haupttäter in Frage kommen, dingfest zu machen?

Treffpunktwerbung auf dem Amtsgericht.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Vormärts“:

Bekanntlich wurden im Amtszimmer des Schöffengerichts Potsdam von dem Justizsekretär Oberleutnant a. D. Oppermann viele Leute angeworben und nach Oberschlesien geschickt. Diese mußten sich dem „Berein deutsch-national gekannter Soldaten“ anschließen. Viele von ihnen sind in Gefeschten mit den Polen verwundet worden. Die verwundeten Soldaten hatten sich jetzt an das Werbebureau Oppermann. Im Laufe des gestrigen Tages kamen diese Verletzten auf das Amtsgericht in der Lindenstraße, um dort bei dem Justizsekretär ihre Ansprüche geltend zu machen. Gemeinschaftlich mit den Angeklagten, die auf ihre Termine warteten, fanden die angeworbenen Soldaten auf dem Gerichtskorridor. Wir hatten Gelegenheit, einen dieser Oppermann-Leute nach Verlassen des Amtsgerichts zu sprechen. Der Mann gab an, daß er augenblicklich auf Reichskosten im Garnisonlagarett zu Potsdam behandelt wird. Ferner erklärte der Befragte, daß der „Deutschvölkische Schütz- und Trugbund“ mit der deutschen Studentenschaft und Tausenden von deutsch-national gekannten Soldaten augenblicklich an der Front steht. Dieser Werberummel spielt sich für an für neben dem Beratunzszimmer der Richter ab!

Rein Sympathiestreik der belgischen Bergarbeiter.

21. Brüssel, 11. Juni. Die belgischen Bergarbeiter, die am nächsten Montag in den Streik eintreten wollen, um die englischen Bergleute zu unterstützen, haben davon Abstand genommen, einerseits weil die deutschen und französischen Bergleute nicht in den Ausstand treten wollten und andererseits, weil der englische Streik sich seinem Ende zu nähern scheint.

Die Konferenz der englischen Bergarbeiter belegierten hat beschloffen, die Abstimmung über die Bedingungen der Bergwerksbesitzer am 15. Juni abzuhalten. Das offizielle Ergebnis soll am 17. Juni bekanntgemacht werden.

Der amerikanische Senat hat den Antrag, wonach die amerikanischen Truppen an Rhein innerhalb drei Monaten zurückgezogen werden sollen, abgelehnt.

Die neue Regelung der Telefongebühren.

21. Berlin, 13. Juni.

Die Neuregelung der Telefongebühren sind in dem neuen Fernsprecheigentum auf Grund auf neu festgelegt worden. Rünftig soll hiernach ein Gespräch bis zu drei Minuten Dauer auf eine Entfernung bis 5 Km. 25 Pfg. kosten. Darüber hinaus sind folgende Gebührensätze vorgesehen: Bis zu 15 Km. 75 Pfg., über 15 bis 25 Km. 1.25 Mk., bis 50 Km. 2 Mk., bis 100 Km. 3 Mk. und von da ab für jede weiteren 100 Km. 1.50 Mk. Dringende Pressegespräche werden nach dem Gelegentum auch kürzer zur einfachen Gebühr zugelassen.

Deutsche Feldpolizei in Belgien

5. Kriegsverbrecherprozeß.

In der Weiterführung des Reichsgerichtsprozesses gegen Stub. Hamböhr gab am Donnerstag der Schiller Robert van Wapenbergh, der 8 Jahre alt war, als er verhaftet wurde, an, er sei vom Angeklagten etwa 30mal geschlagen worden. Als er die Beschuldigungen zugegeben habe, sei er nicht mehr mißhandelt worden. Auf Befragen gibt er schließlich zu, gesehen zu haben, daß andere größere Jungen sich an den Drähten der Eisenbahn zu schaukeln machten. Der 17jährige Fabrikarbeiter Franz von der Heyden ist seinerzeit vom Feldgericht zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auch er will wie die anderen mit Gewalt zum Geständnis gezwungen worden sein. Er sei vom Angeklagten in eine Dunkelzelle bei Wasser und Brot gesperrt worden. Zeuge Albert Wils, der zu 2½ Jahren Gefängnis vom Feldgericht verurteilt wurde, will eine ganze Nacht hindurch an den Händen gefesselt an einem Haken aufgehängt gewesen sein. — Clovis van Hove hat vor dem Feldgericht sein Geständnis nicht widerrufen, weil ihm dort gesagt worden sei, er habe gestanden und es bleibe dabei. — Der belgische Zeuge Händler Frans de Landt ist vom Angeklagten verhaftet worden wegen Verdachts der Verbergung von Waffen. Er sagt aus, daß er in eine dumpe Zelle gesperrt worden sei, daß in seinem Hause bei der Durchsuchung die Möbel demoliert und Räume im Garten ausgerissen worden seien.

Belgische Ärzte als Zeugen.

Der belgische Arzt Dr. van der Schueren aus Overhoulare, der als Zeuge und Sachverständiger vernommen wird, ist seinerzeit unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Er hat einmal

verhaftete Kinder weinen hören.

Spuren von Mißhandlungen waren in mehreren Fällen feststellbar.

Der deutsche Zeuge Kaufmann Georg Landow aus Forst, Gefängnisverwalter bei der Etappenkommandantur Geeraardsbergen, befaßt die Frage, ob Beschränkungen der Kost und des Lichts von der belgischen Feldpolizei zu Disziplinanzwecken angeordnet worden seien; er kann aber nicht sagen, wer die Anweisung gegeben hat. Schreie eines gefangenen Knaben hat er ein einziges Mal gehört. Daß ein Gefangener einmal acht Tage nichts zu essen bekommen habe, hält er für ausgeschlossen. Mißhandlungen hat er nicht wahrgenommen. Auch hat sich niemals ein Gefangener über Deutsche bei ihm beschwert. Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Als bald nach Eröffnung der Freitags-Sitzung hält Reichsanwalt Dr. Feiltenberger die

Anklagerede:

Bisher hatten wir uns hier mit militärischen Delikten zu beschäftigen, während wir es heute mit Straftaten zu tun haben, die nach dem bürgerlichen Strafrecht zu beurteilen sind. Bei der Beurteilung von Kinderausagen ist außerordentliche Vorsicht geboten. Schwerer als der Vorwurf der Mißhandlung erwacht einer Gefangener ist der, daß der Angeklagte so gegen Kinder vorgegangen sei. Der Reichsanwalt kommt nach ausführlicher Unternehmung zu dem Schluss, daß die belgischen Feldpolizisten Reichsbeamte waren. Zur Strafbarkeit nach § 145 StGB. gehört die subjektive Kenntnis des Täters, daß er Beamter ist. Diese Kenntnis liegt vor. Der Angeklagte mußte, daß er nur Personen festnehmen durfte, die als Täter in Frage kamen. Er hat immer erklärt, daß es sich um die Aufführung von Straftaten gehandelt habe. Wenn er heute sagt, er habe auch polizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen treffen wollen, so hat er daran früher offenbar nicht gedacht. Jeder, der im öffentlichen Dienst steht, hat die Rechtmäßigkeit seiner Handlungen zu prüfen. Allerdings hat der Angeklagte gesagt, die Umstände hätten dies geboten erscheinen lassen; aber

jugendliche Personen braucht man nicht nachts aus dem Bette holen;

dazu ist morgens noch Zeit genug. Die Fesselung einer Reihe von Jugendlichen und das Zusammenbinden zweier Knaben sind ebenfalls unzulässig. Hier kommt auch das Sittengesetz in Frage. Der Angeklagte ist vielleicht

nicht mit Unrecht der Schrecken von Dendermonde genannt worden. Der Angeklagte hat ferner die Haft der sechs Knaben, welche strafmündig waren, obwohl die Untersuchung bereits im Dezember abgeschlossen war, noch über den 22. Dezember hinaus

Preußen- und Reichsregierung.

Erfreuliche klare Töne findet die demokratische „Frankfurter Zeitung“ zur Frage der Regierungsombildung in Preußen. Das Blatt erinnert Herrn Stegerwald daran, daß er vor 4 Wochen im preussischen Landtag in diesem ganz unumstößlichen Worte versprochen habe, kurz nach Pfingsten die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung in Preußen einzuleiten, wogegen er jetzt erklärt, er könne an die Erfüllung dieses Versprechens erst dann denken, wenn die „breite Basis“ (von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei) geschaffen sei. Die „Frankf. Ztg.“ sagt, Herr Stegerwald müsse wissen, daß diese „breite Basis“ zurzeit nicht zu haben sei, er habe kein Versprechen abzugeben ohne jede Bedingung gegeben. Dann fährt das Blatt fort, und jedes Wort ist so treffend, daß es nicht nur Herrn Stegerwald und seiner Partei, sondern auch den Demokraten das Gewissen schärfen sollte:

„Die Reichsregierung, an deren Spitze ein Parteifreund des Herrn Stegerwald steht, braucht dringend die Ausschaltung jeder unnötigen Reibung. Sie hat sich schwer genug gegen ihre Gegner zu wehren, sie kann Streit innerhalb der Koalition nicht auch noch ausfallen. Was not tut, ist sehr einfach: es müssen einige Sozialdemokraten in das preussische Kabinett. Darüber müssen sich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten klar sein — einschließlich des Herrn Stegerwald. Herr Stegerwald aber ist verpflichtet, es durchzuführen. Warum tut er es nicht, obwohl er doch erkennen muß, daß er der Regierung des Herrn Dr. Brüch durch sein Zögern noch böse Ungelegenheiten bereiten könnte?“

Herr Stegerwald fragt: Wie kommen wir allmählich in Deutschland zu einer stetigen Politik? Die Antwort sollte gerade ihm, der einmal eine Erneuerung unseres Parteiwesens zu wollen schien, nicht so fern liegen. Die Stetigkeit der Politik wird erreicht durch die Vielzahl der Parteien und ihren Egoismus. Aber eine Allianz kommt jetzt und muß jetzt kommen. Die republikanisch-demokratisch-sozialistische Koalition von Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, die bei den letzten Wahlen durch den Radikalismus von rechts und links zurückgedrängt wurde, hat durch die Ereignisse im Reich ihre Notwendigkeit wieder erwiesen. Es gibt keine ruhige Entwicklung ohne sie. Das muß das Volk einsehen. Das müssen aber auch die Parteien einsehen: indem sie die Koalition innerlich wahr machen, indem sie, solange man über die alten Parteiparolen und Begriffe nicht hinwegkommt, doch im Rahmen der Koalition geistig zusammenwachsen, mag auch der eine oder andere Wähler oder „Führer“ darüber entsetzt sein. Der Gedanke dieser Koalition muß jetzt stark werden — wir werden ihn nötig haben, wenn die Koalition an den wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten der großen Aufgaben, die ihr bevorstehen, nicht wieder zerfallen soll. Wiederholt wird es dabei umzusetzen geben. Wir haben hier in den letzten Tagen

verlängert. Dadurch hat er gegen § 343 des Strafgesetzbuches verstoßen. Ein positiver Beweis dafür, daß er Jugendlichen Essen und Wasser entzogen hat, ist nicht erbracht. Diese Kinderausagen sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Kinder lügen bewußt nur dann, wenn sie selbst etwas getan haben. Im übrigen aber kann man nur wünschen, bei Erwachsenen so wenig bewußte Unwahrheit zu finden, wie bei Kindern. Das Verhalten des Angeklagten zeigt eine gewisse Härte und er war von starkem Charakter beherrscht. Dadurch wurde er veranlaßt, in den Mitteln nicht allzu wählerisch zu sein. Wenn der Angeklagte bei seiner Vernehmung durch die Reichsanwaltschaft

banernde Ausflüchte

machte, so spricht dies nicht dafür, daß er ein ganz reines Gewissen hatte. Der Zweck des Vorgehens gegen die Kinder war die Erzielung von Geständnissen und von Angaben über andere. Eine Anzahl der Mißhandlungen, die von den Kindern behauptet werden, muß deshalb als erwiesen angesehen werden. Zu belonen ist, daß der Angeklagte den guten Zweck verfolgte, das deutsche Heer zu sichern. Aber manche Momente lassen die Tat des Angeklagten in wesentlich ungünstigerem Licht erscheinen. Er mußte daran denken, daß

das Andenken des deutschen Namens gefährdet

werde. Besonders schwer wiegt es, daß er die Geständnisse von Kindern herausgeholt hat. Eine Zuchthausstrafe würde keine angemessene Sühne sein, mitbedenke Umstände können dem Angeklagten zugestanden werden, denn aus erlösen Motiven hat er nicht gehandelt. Deshalb ist ein Ehrenrechtsverlust nicht am Platze.

Der Reichsanwalt beantragt am Schluß seiner zweifundigen Rede eine Gesamtstrafe von

zwei Jahren Gefängnis

und Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren.

Verteidiger Justizrat Dr. Kallert-Weipzig geht zunächst auf den Sinn der ganzen Prozesse ein. Die nicht der Gerechtigkeit, sondern der Rache diene. Das pflichtgemäße Ermessen bestimmt sich nicht nach dem Strafgesetzbuch, sondern nach den Kriegsnotwendigkeiten. Wenn der Angeklagte die Strafmündigen freigelassen hätte und infolgedessen vielleicht zwei Tage später wegen einer neuen Störung der Signale ein Eisenbahnunglück sich ereignet hätte, sollte er dann seinen Vorgesetzten gegenüber sich etwa mit dem Strafgesetzbuch entschuldigen? Was die Erpressung der Geständnisse anbelangt, so ist den Kinderausagen in keiner Weise Glauben beizumessen. Ihre Angaben sind vollkommen unzutreffend. Bei den ganzen Verhältnissen des Gefängnisses war es vollkommen ausgeschlossen, daß der Angeklagte die Kinder fast täglich geschlagen haben sollte, ohne daß dies von anderer Seite beobachtet worden wäre. Auf den Angeklagten fällt auch nicht der Schatten eines Verdachts. Der Verteidiger beantragt, den Angeklagten in allen Punkten freizusprechen.

In seiner Erwiderung betont der Reichsanwalt, es entspreche nicht den Tatsachen, daß die Verfolgung der Kriegsverbrechen auf Befehl der Entente erfolge. Sie geschähe vielmehr auf Grund der bürgerlichen Gesetzgebung und es entspreche dem deutschen Rechtsgefühl, daß strafbare Handlungen auch zur Bestrafung gezogen würden.

Der Angeklagte bleibt dabei, die Kinder niemals geschlagen zu haben.

Das Urteil, das Sonnabend mittag verkündet wurde, lautet auf Freispruch.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: Ein ausreichender Beweis für einen bestimmten Einzelfall von Mißhandlungen ist nicht erbracht. Ein Teil der Zeugenaussagen konnte ja dazu führen, eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Beschuldigungen anzunehmen, aber gerade die Gleichmäßigkeit dieser Beschuldigungen und der Umstand, daß verschiedene Zeugen behauptet unwahre Aussagen, mußten dazu führen, die Feststellung eines strafbaren Tatbestandes als ausgeschlossen erscheinen zu lassen.

Das Urteil wird allgemein eifrig begrüßt. Wenn sich das Gericht auch auf den Standpunkt gestellt hat, daß die einwandfreie Feststellung eines Tatbestandes bei den schwankenden Aussagen der mißhandelten Kinder nicht möglich war, so hat die Verhandlung im ganzen doch ergeben, daß der Angeklagte mit beispielloser Brutalität gegen Kinder von 8-15 Jahren vorgegangen ist. Und das hätte unbedingt bestraft werden müssen.

mehrheitlich von der sehr unglücklichen Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion gesprochen. Wir sprechen heute von Herrn Stegerwald. Seine Haltung kann eine Gefahr werden. Es ist Zeit, daß ihr gewehrt werde.

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ hat nunmehr in einem sehr scharf gehaltenen Artikel dem Ministerpräsidenten Stegerwald vorgeworfen, daß er sich durch seine Zweideutigkeit um jeden Kredit bringe. Er hat seinen Rücktritt gleich nach Pfingsten versprochen, denkt aber jetzt nicht daran, sein Versprechen auszuführen.

In einem Brief an die „Frankfurter Zeitung“ sucht Ministerpräsident Stegerwald diesen Vorwurf zu widerlegen. Er beruft sich auf die Unterredungen mit Genossen Wels, Steier und Reilich und behauptet:

Der Zweck der Besprechung war die Frage, ob nicht noch vor Pfingsten die preussische Regierungsombildung durchgeführt werden könnte. Weil aber die sozialdemokratischen Vertreter während der Besprechung einsehen, daß dies ohne die Neubildung des Ministerpräsidenten nicht möglich sei, haben sie nunmehr nicht weiter auf die sofortige Regierungsombildung gedrungen.

Herr Stegerwald verschweigt das wichtigste: die genannten Genossen haben auf die sofortige Regierungsombildung eben verzichtet, weil Stegerwald die Regierungsombildung sofort nach Pfingsten in Aussicht gestellt hat. Es hat aber keinen Zweck, mit Herrn Stegerwald über seine Versprechungen zu diskutieren, weil er eben zu jenen unglücklichen Menschen gehört, die man immer mißversteht, auch wenn man sie noch so klar zu verstehen glaubt.

Wenn Herr Stegerwald, der „Frankfurter Zeitung“ gegenüber behauptet, daß sein Benehmen zweideutig sei, so wollen wir ihm gern das eine zubilligen: sein feiges Verhalten ist vollkommen eidesüßig.

Um „Kaiser“ Karl.

Er verläßt endgültig die Schweiz.

Der Schweizer Nationalrat behandelte Donnerstag zwei Interpellationen, betreffend den Exkaiser Karl. Eine von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Grimm verlangte Auskunft über die Umstände, unter denen Kaiser Karl die Schweiz verließ, fragt, ob ihm der Aufenthalt in der Schweiz nicht unterlag werden sollte. Die andere Interpellation des Abgeordneten Bonnet, der die Aufforderung an Kaiser Karl, die Schweiz im August zu verlassen, als Verletzung des Asylrechts betrachte, erlucht den Bundesrat um Auskunft über die Richtlinien, die er zur Wahrung der schweizerischen Tradition des Asylrechts einnehmen will. — Der Chef der politischen Departements, Bundesrat Motta, stellte in Beantwortung der Interpellation fest, daß der Bundes-

rat sich über das Verhalten Kaiser Karls auf Schloß Bruggen nicht befragen könne. Gegen monarchistische Umtriebe könne nicht eingeschritten werden, solange Beweise fehlten. Die Wiedereinführung in die Schweiz wurde im Interesse des europäischen Friedens gestillt. Das Ansuchen der ungarischen Regierung konnte nicht zurückgewiesen werden. Kaiser Karl passierte keine amtliche Passkontrolle. Er erklärte auch selbst, sich weder eines falschen Passes, noch der Hilfe eines Beamten bedient zu haben. Näheres dürfte zur Vermeidung weiterer Verwicklungen nicht bekanntgegeben werden. Kaiser Karl teilte dem Bundesrat von sich aus mit, er verlasse die Schweiz im August. Als ihm der schweizerische Regierungsvertreter die Bedingungen für die Abreise bekanntgab, erklärte er, er habe es, nachdem er über die Lage unterrichtet worden sei, für seine Pflicht, dem Bundesrat durch seine Anwesenheit keine Unannehmlichkeiten zu bereiten und werde deshalb das Land verlassen. Der Nationalrat lehnte eine allgemeine Erörterung der Interpellation mehrheitlich ab.

Volkswirtschaft.

Der Siegeszug des Erdöls.

Während des Krieges hat infolge des Mangels an Kohlen und infolge des Bedrücktes, der Seeschifffahrt durch motorische Triebkräfte einen weiten Aktionsradius zu schaffen, die Erdölproduktion einen unerhörten Auftrieb erfahren. Das Petroleum ist heute auf dem Wege, die Kohlenförderung in der Schifffahrt vollständig zu verdrängen. Wie in Deutschland erst jetzt daran gearbeitet wird, die Eisenbahnen zu elektrifizieren, so wird in anderen Ländern — England hat infolge des Kohlenstreiks in großem Umfange damit begonnen — der Eisenbahnbetrieb auf Delfeuerung umzustellen versucht. Dem Del gehört die Zukunft. Die Kontrolle über die Delfschätze der Erde ist gleichbedeutend mit der Kontrolle über den Weltverkehr und mit der tatsächlichen Ausübung der Welt Herrschaft. Das sind die Gründe, die allenthalben, wo Delfvorräte vorhanden sind, zu einer wilden Industriekämpfe geführt haben. Im Jahre 1900 betrug die Weltproduktion an Petroleum 149,1 Millionen Faß (a 160 GL). Im Jahre 1913 war sie auf 383,5 Millionen Faß gestiegen und im Jahre 1920 betrug sie nach den Zusammenstellungen des „United States Geological Survey“ 688,5 Millionen Faß; d. h., daß die Weltproduktion seit 1900 um 362 Prozent gestiegen ist.

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Erdöls ist natürlich zunächst in den Staaten mit erster Seegeltung erhöht worden. Der Kampf um die Delffelder der Welt geht zwischen England und Amerika. Amerika hat heute rund 64,5 Prozent der Weltproduktion. Nordamerika ist der Staat mit der größten Zahl erschlossener Petroleumquellen. Aber die reichsten Petroleumgebiete der Welt, die allerdings erst in der Erschließung begriffen sind, befinden sich in den Händen Englands. Darüber ist Amerika um so mehr beunruhigt, als seine Petroleumgruben der Erschöpfung nahe sind.

Vor nicht allzu langer Zeit hat die holl. Niederländische Petroleumgesellschaft sich mit der bedeutendsten englischen Gesellschaft, der Shell-Gruppe, indigiert. Und nun hat die Niederländische Gesellschaft der Shell-Gruppe vertraglich 504 der Erdöl-ausbeute auf Java in Niederländisch-Indien überlassen. Die holländische zweite Kammer hat dieses Abkommen gut geheißen. Nunmehr befindet sich die Vorlage vor dem holländischen Senat, dessen Zustimmung erforderlich ist, um die Gesellschaft wirksam zu machen. Die amerikanische Regierung sieht darin eine Gefährdung ihrer Petroleuminteressen und hat einen offiziellen Schritt bei der holländischen Regierung unternommen, um den Senat zu veranlassen, das Gesetz an die Abgeordnetenkammer zurück zu verweisen oder aber durch ein gleichzeitiges Gesetz der amerikanischen „Standard-Oil-Compagnie“ die gleichen Nutzungsrechte auf Java einzuräumen. Der Schritt Amerikas hat offenbar ultimative Charakter, denn sonst wäre nicht zu erklären, daß die holländische Regierung ernsthaft erwägt, das Abkommen mit der Shell-Gruppe zu verwerfen und um gleichzeitig bei etwaigen Konflikten neutral und im Interesse des japanischen Petroleums zu bleiben, jede Beteiligung fremden Petroleumkapitals zu verwerfen.

Dieser vor dem holländischen Senat sich abspielende englisch-amerikanische Interessenkampf ums Petroleum ist nur eine Teilfolge des bereits beendeten großen diplomatischen Petroleumkampfes Amerikas und Englands.

Deutschland ist durch den Friedensvertrag als Petroleumproduzent auf der Liste der Weltproduktion gestrichen worden. Bis zum Kriegsende mag es möglich gewesen sein, den mageren deutschen Petroleumfundstätten jährlich beinahe 1 Million Faß Erdöl abzurufen. 1920 hat Deutschland nach rund 200 000 Faß produziert, weil seine ergeblichsten Petroleumfundstätten an Frankreich gefallen sind. Wir haben aber trotzdem ein starkes Interesse an dem Kampf ums Del, weil es uns nicht gleichgültig sein darf, ob in der Welt unter der Herrschaft einer fremden Macht ein unferem Einfluß völlig entzogenes Petroleummonopol zur Ausbeutung überwiegen wird. Das Petroleum ist der wirtschaftlich günstigste Betriebsstoff und wir müssen im Interesse der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie die politischen Vorgänge auf dem Petroleummarkt gewissenhaft verfolgen.

Weiter besteht auch keine Möglichkeit für uns, in dem zunächst zukunftsreichen neutralen Petroleumlande in Mexiko uns genügenden Einfluß zu sichern. Das mexikanische Petroleum wird in der Hauptsache von England und Amerika kontrolliert. In Mexiko sind die gegenwärtigen Fronten Englands und Amerikas zurzeit am schärfsten sichtbar. Reines der Petroleumländer der Welt hat einen so starken Produktionsaufschwung nehmen können, als Mexiko. Allein in den Jahren 1918-1920 hat sich die mexikanische Petroleumproduktion verzweifelt erhöht. Sie ist von 63,8 auf 159,8 Millionen Faß gestiegen und beträgt heute 23,2 Prozent der Weltproduktion. Man hätte demgegenüber die 200 000 Faß, die Deutschland produziert.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß das Petroleum zum ersten weltpolitischen Faktor geworden ist und daß es im Mittelpunkt der imperialistischen Weltpolitik im nächsten Jahrzehnt stehen wird. Dies verkennen heißt sich an der Weltpolitik überhaupt zu desinteressieren.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 11. Juni 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Tage	Stk.
---------	--------	------------	---------	---------------	-----------	------	------

D.	Regt.	Gustava	Stolka		8		
D.	Fehmarn	Schwenn	Burgsteden		4½		

Angekommen am 12. Juni 1921.

D.	Erzgeb.	Davidson	Schäfersleben		14		
D.	Wilhelm Büdte	Kristlieb	Röge		12		
D.	Geimbahl	Amerdion	Raubers		2		
D.	Gantigat	Karlsson	Salmar		1		
E.	Sedonia	Gustav	Seberticia		½		
E.	Mimi	Samuelson	Seberticia		1		

Angekommen am 13. Juni 1921.

E.	Walter	Johannsson	Fredericia		1		
----	--------	------------	------------	--	---	--	--

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freiheit Lübeck und Beileitung Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schütz; für Interieur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

Kopenhagen mit Umladung nach Aarhus, Aalborg, Vejle, Helsing, Randers, Odense, Fredericia, Sorø, Slagelse, Westmørgen und Amerita zweimal wöchentlich ein Dampfer der Forenede Dampfskibs-Selskab in Kopenhagen. Die Dampfer nehmen außer Fracht auch, soweit möglich, Passagiere mit. Nächste Expedition: Dampfer „Hafslund“ am 14. Juni und 18. Juni. Vertreter für den Personen- und Frachtverkehr: P. M. Gehrdens, Lübeck. Dr. Alfesdrøe 29.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze, anlaufend, in
Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Scandina-
vischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Bauline Haubø“
am 15. Juni. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck.
Gr. Altersfähre 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen,
Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend,

Stavanger, Bergen, Drontheim event. Haugesund
Narvik, Christiansund u. anderen norwegischen Häfen
etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Ein Grön-
land-Dampfer am 15. Juni. Vertreter: Nordens Transport-Compagnie
C. S. W. Blasius & Co., Hafenstraße 8.

IV. Nach Finnland.
 Vessingfors und Neval (nach letzterem Orte nur für Passagiere) jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern der Firma Ansfartsges. „Atttebolaoer“ in Vessingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Tornea“ am 18. Juni. Anmeldung von Passagieren bei Diehl & Hebling, Schiffsfabrikant, G. m. b. H., Beckergrube 89.

Nach Wiborg und Rosla monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer "Wiborg" am 15. Juni.
Nach Raumo, Mäntyluoto und Wasa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer "Ken" am 22. Juni.
Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 48.

Helsingfors. Linie Viktor St. Gima zweimal monatlich
außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Astoria“
am 15. Juni.

Abd. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition
Dampfer „Astania“ am 15. Juni. Vertreter für Personen- und
Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Abo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der „Angfartsgæ-
Atliebolaget, Transito“ in Abo. Nächste Expediition: Dampfer
„Halland“ am 25. Juni. Personen- und Frachtverkehr: Vieh-
& Fehrling, Schiffahrtskontor, Beckergrube 89.

Ubo und Helsingfors. Alle 14 Tage ein Dampfer den
Finnland-Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Aranda“ am
25. Juni. Vertreter: Korpas & Tuomaala, Engelstraße 50.

VI. Nach deutschen Officshäfen.
Burg und Oet. a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Sonn-
abends Dampfer „Fehmarn“. Personen- und Frachtbeförderung.
Vertreter: Taht & Severin, Schiffsboden 15.

Königsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Nächste Expedition:
Dampfer „Masuren“ am 24. Juni. Vertreter: Franz Heinrich,
Untertrave 84.

Dampfverbindung von Elbe nach Magdeburg

mit Umladung nach Berlin, Dresden, Halle a. S., Breslau und
Zwischenstationen. Regelmäßige wöchentliche Expedition ab
Elbe bei jedem Freitag. Güterannahme durch die Magdeburger
Häufel-Gesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und
H. A. Meißner, Am Markt 13.

Nach Rauenburg a. E. und Hamburg.
Regelmäßige Abfahrt: Von Alstedt jeden Dienstag und

Regelmäßige Abfahrt: Von Lauenburg jeden Montag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lübeck & Stange, Abteilung Flußschiffahrt, Kanalstr. 11/12.

Schnellverkehr Lübeck—Hamburg mit Motorschuten.
Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Lauenburg angelaufen. In Hamburg Anschluß an den täglichen Eildampferverkehr aufwärts. — Güteranmeldungen bei Karl Steber, Lübeck.

In unserem Verlage erscheint demnächst:

**Kommentar
zum Reichs-
heimstättengesetz**

von Regierungsrat Dr. Beyer, Lübeck.

Ein unentbehrliches Hilfsbuch für alle
Behörden, Architekten, Bauunternehmer,
Volkswirtschaftler, Siedler und Siedlungs-
lustige.

Friedr. Meyer & Co., Lübeck
Johannisstraße 48
Verlag — Buchdruckerei — Buchhandlung

Freistaat Lübeck.

Montag, 13. Juni.

Sonderbare Reklame für die Nordische Woche.

Die Kapitalistenpresse, die in Deutschland so wunderbare Nutzenbäume schlägt, will auch dem Ausland gegenüber diese Klammern vorführen. Soweit es sich darum handelt, dem Ausland die eigene Unübertrefflichkeit darzulegen, haben wir nichts dagegen einzuräumen. Wissen wir doch, daß die Kapitalisten in erster Linie aus Geschäftsmännern bestehen und erst in zweiter an den Wiederaufbau unseres Landes. Wo sich dieses nicht lohnt, stellt sich das Desinteressement von selbst ein. Etwas anderes ist es aber, wenn man von der Allgemeinheit gebilligte Werbungen dazu benutzt, um das eigene Volk und die Regierung in den Schmutz zu ziehen. In welcher schamloser Weise dies geschieht, wollen wir an zwei Beispielen beweisen. Nach dem Vorbild eines hiesigen Zeitungsverlages haben sich die „Lübeckischen Anzeigen“ dazu aufgeschwungen, eine für die nordischen Staaten bestimmte Auslandsausgabe herauszubringen. Diese, angeblich wirtschaftlichen Interessen dienende Zeitung bezweckt natürlich ebenfalls die Stärkung der eigenen Klasse vorzugsweise, zum andern dient sie dazu, die alldeutsche Propaganda, von der das Ausland die Nase gerade voll genug hat, in die Kerne zu tragen. Daß bei diesem Bombardement der feindlichen Major Stavenhagen an der Kanone steht und das Feuer leitet, nimmt nicht wunder. Dieser schreibsüchtige Herr, der in Peter Wiederholung 6 Wochentage hindurch die Volkshochschule, wie er sie auffaßt, in der einfältigsten Weise wiederholt, glaubt Lübeck im Spezialisten und dem Deutschland im Besonderen mit folgendem Erguß dienen zu können:

„Aus allen Akten der Vorkriegszeit geht es mit beweiskräftiger Deutlichkeit hervor, daß Deutschland den Frieden wollte. Auch in den Feindländern mehrten sich die Stimmen, die zugaben, daß die Behauptung von der „Schuld“, ja von der „alleinigen Schuld Deutschlands“ am Kriege sich nicht mehr aufrechterhalten läßt. Selbst Lloyd George hat dies eingestanden, als er immer noch viel zu wenig beachteten Worte sprach, daß alle Staatsmänner in den Krieg hineingekollert seien, daß kein einziger ihn wirklich gewollt hätte. Leider schweigt die deutsche Regierung und tritt nicht mit der vom ganzen deutschen Volke geforderten Deutlichkeit der Lage von „Deutschlands Schuld am Kriege“ entgegen. Man kann sich bei Betrachtung nicht erwehren, daß innerpolitische Beweggründe sie zu dieser unverständlichen und für Deutschland schädlichen Haltung bewegen, daß sie als Nutznießerin der Revolution sich scheut, dem deutschen Volke gegenüber einzugehen, daß die Fege gegen die alte kaiserliche Regierung auf erlogenen Behauptungen aufgebaut und die Revolution daher ein Verbrechen am deutschen Volke war. Eins steht jedenfalls fest: Im Herzen weiß jeder Deutsche und weiß auch jeder Mensch im neutralen und feindlichen Ausland, der sich mit dieser Frage ernstlich und ohne Vorurteilsgewissen beschäftigt hat, daß Deutschland nicht die Schuld am Kriege trägt.“

Das ist echt Stavenhagenscher Quatsch, über den das Ausland herzlich lachen wird. Er stellt zugleich aber auch die verlogene Kampfesart der Deutschnationalen in das trassische Licht. Der Leiter der „Lübeckischen Anzeigen“ scheut sich nicht, der Regierung, in der ja auch zeitweise ihre Blutsverwandten die Volkspartei leiten, vorzuwerfen, sie lebe als Nutznießerin der Revolution. Das sollten Leute doch nicht aussprechen, die sich von einer solchen Regierung noch Pension bezahlen lassen. Die Nutznießer der Revolution sehen gerade in denjenigen Kreisen, die Herr Stavenhagen verteidigt. Dort sind auch die Hauptschuldigen am Kriege zu suchen. Diese haben in der kaiserlichen Regierung, diese und ihr Anhang im Lande haben seit Jahren zum Kriege gehetzt und die heilige Stunde, an dem das Stahlbad bereitet war, gepfeifen. Der Herr Major möge nur einmal die „Lübeckischen Anzeigen“ von 1914 durchblättern, dann wird ihm das Licht aufgehen, das durch seinen blinden Wahn bereits erloschen zu sein scheint. Die alldeutsche-nationalen Schwadronen sind aber nicht nur die hauptsächlichsten Säbelträger, sondern die ausschließlichen Kriegsverlängerer. Sie haben auch den famolen U-Boot-Krieg auf dem Gewissen, durch den wir gerade in den skandinavischen Staaten jeden Kredit verloren hatten. Und da glaubt er ein Militarist, mit seiner anmaßlichen Schreiberei im hohen Norden Stimmung für die Revanchehelden machen zu können? Mag sein, daß dort oben einige Dugend Stimmungsverwandte vorhanden sind, Leute, die wie die „Patrioten“ in Deutschland den Beutel vom Massen-

mord füllten. Die große Mehrzahl wird durch eine betrugliche Propaganda nur abgelenkt. Wenn Lübeck auf diese Art Reklame treibt, dann wird es einen sehr zweifelhaften Ruf erlangen.

Eigenartig berührt auch eine Auslassung des Baurats Wird in dem vom Senate herausgegebenen Buche: Deutschlands Städtebau, Lübeck. In diesem sonst anerkennenswerten Werke behandelt Bauat Wird die Kleinwohnungen und Siedlungen, und da kommt folgende schöne Stelle vor:

„Bei größter Sparsamkeit schöner Mittel, eingeengt durch Arbeitsunlust und Streiks der Bauarbeiter sind Häuser entstanden, die jetzt mit ihren rotleuchtenden Dächern und hellen Fassaden sich dem Stadtbilde der alten Hansestadt würdig einreihen können.“

Von einem Beamten des Statens, der für die große Deffektivität schreibt, sollte man denn doch etwas mehr Objektivität erwarten. Es ist einfach nicht wahr, was der Herr Bauat hier schreibt. Außer einem unwichtigen Streit der Bauarbeiter 1918 haben diese die Arbeit überhaupt nicht eingestellt und Unternehmer im Baugewerbe haben wiederholt erklärt, daß die Arbeitsleistung dieselbe und noch höher sei als vor dem Kriege. Diese Tatsache wird auch bestätigt durch einen Zeitungsbericht eines Bürgergenossenschaftsmitgliedes in den „Lübeckischen Anzeigen“, in dem ganz bestimmt erklärt wurde, daß sich das Handwerk in Lübeck gesund gemacht habe. Sollte diese Gefundung etwa durch die „Kaulenzerei“ der Arbeiterschaft zustande gekommen sein? Wir glauben es nicht und das glaubt auch sicher der Herr Bauat nicht; er schreibt ja selbst an anderer Stelle:

„Durch die energische und zielbewusste Tätigkeit der an dieser Aufgabe interessierten Kreise ist es in Lübeck gelungen, vieles zu schaffen, so viel zu schaffen, daß die kleinste der drei Hansestädte in ihrer Tätigkeit für Wohnungsfürsorge mit an erster Stelle steht. So ist von verschiedenen Stellen mit vereinten Kräften mit gutem Erfolg an der Schaffung neuer Wohnungen gearbeitet.“

Bei dieser Arbeit mitgewirkt zu haben, dürfen sich auch die Arbeiter rühmen. Denn die Hauptlast lag nicht auf den Schultern der paar leidenden Personen, sondern auf denjenigen der Arbeiter. Deshalb weisen wir den ungerechtfertigten und völlig haltlosen Vorwurf des Bauats Wird entschieden zurück, wor für diese Art Lübecker Reklame keinen Pfifferling übrig haben.

Die faulen Arbeiter.

Der Verband deutscher Brotfabrikanten tagte am 24. und 25. Mai in Heidelberg. Die Deutsche Arbeiter- und Konsumanten-Zeitung berichtet jetzt darüber. Wie überall, wo feste Unternehmer unter sich über Arbeiter zu Gericht sitzen, wurde auch hier gegen die Forderungen der Arbeiter losgezogen. Recht vielfach ist folgender Schmerzensschrei, den der Vorsitzende, Herr Junge, ausstieß. Der Herr erklärte:

„In früheren Zeiten, wo die Bäckermeister in Tag- und Nachtschichten arbeiteten, war es angebracht, daß Ferien bewilligt wurden. Bei der kurzen Arbeitszeit sei es nicht mehr angemessen und blühten Ferien nicht mehr vorzukommen. In allen anderen Gewerben sind keine Ferien vorgesehen (?). Wir müssen versuchen, etwa schon bewilligte Ferien wieder abzukürzen. Unter dem Druck der ersten Revolutionszeit sind wir immer und immer weitergegangen, jetzt aber müssen wir im Interesse der Allgemeinheit wieder zu geregelten Verhältnissen kommen.“

Daß insbesondere vielen Brotfabrikanten die 8stündige Arbeitszeit nicht lang genug ist, kann man verstehen. Sie stehen seit je auf dem Standpunkt, je mehr wir aus den Arbeitern herausknechten, desto größer ist unser Profit und also auch Gelegenheit, unsere Ferienzeit auszuweiden. Uebrigens ist es eine lendenlärmige Behauptung, daß durch verkürzte Arbeitszeit weniger produziert würde. Bei einer Sitzung der Reichswirtschaftsstelle für Jute, die im Februar in den Räumen des Verbandes Deutscher Jute- und Industrieller abgehalten wurde, erklärte der Industrielle Meke:

„Die Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden habe keine durchschlagende Wirkung gehabt. Die Leute arbeiteten in 8 Stunden verhältnismäßig mehr wie in 10 Stunden.“

Mit derartigen bemitleidigen Beispielen kann man aber den Herren nicht imponieren. Sie sind zu weit hinter dem Monde zu Hause und wissen nicht einmal, daß die Ferienzeit in allen Tarifverträgen festgelegt ist. Nur einer machtlosen Gehilfenorganisation wird es möglich sein, auch den rückwärtigsten Gehilfenbezirk zu machen, daß begrenzte Arbeits- und Ferienzeit Grundgesetzen sind, die sich die Gehilfenschaft nicht rauben läßt.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 20. Juni, abends 8 Uhr, statt.

Die tätigen Genossen der sozialdemokratischen Partei tagen Dienstag, den 14. Juni, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Mitgliedsbuch und Kontrollkarte berechtigen zum Eintritt. Das Erscheinen sämtlicher tätiger Genossen ist unbedingt notwendig, da die Tagesordnung außerordentlich wichtig ist.

Arbeitsmarktlage im Mai. Im Mai melbten sich zwar 300 Arbeitsuchende weniger als im Vormonat, es wurden aber auch weniger offene Stellen gemeldet. Im ganzen nur 1178, von denen 871 besetzt wurden. Der Grund dafür, daß nicht mehr offene Stellen besetzt werden konnten, besteht darin, daß die Hauptnachfrage nach Bauhandwerkern (Maurern und Hauszimmern) und Malern bestand, und daß es nicht möglich war, den Bedarf an Arbeitskräften dieses Gewerbes zu decken. In der Landwirtschaft nahm die Zahl der Stellungsuchenden ab. In den übrigen Gewerbebezirken trat keine besondere Veränderung ein, nur in der Metallindustrie wurden einige größere Entlassungen vorgenommen, was auf die Zahl der Arbeitsuchenden von nicht geringer Bedeutung war. Die Zahl der erwerbslosen ungelerten und jugendlichen Arbeiter blieb ungefähr die gleiche wie im Vormonat. Die Möglichkeit, diese Leute zu vermitteln, war nur gering, weshalb es von allergrößtem Wert war, daß die produktive Arbeitskraft, die zur Zeit bereits annähernd 200 Arbeiter beschäftigt, immer wieder eine größere Anzahl Arbeiter anfordert.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen veranstaltete am Sonntag in allen größeren Städten Deutschlands eine Kundgebung zur Befreiung der noch in Frankreich schmachtenden Kriegsgefangenen. In Lübeck fand aus diesem Anlaß in den „Rentrallhallen“ eine Versammlung statt, in der Lehrer Groth, Lübeck, das Referat übernommen hatte. Obgleich die „Lübeckischen Anzeigen“ in einem Artikel am Sonntag abend sich bemühten, der Sache einen nationalistischen Anstrich zu geben, und alle vaterländisch Gesinnten zur Teilnahme an der Versammlung aufforderten, so wollen wir doch gerne anerkennen, daß die Versammlung sich im allgemeinen von dem nationalistischen Klimm fernhielt. Wenn man eine durchaus berechtigte und gerechte Sache, wie die Freilassung der Kriegsgefangenen, mit Erfolg vertreten will, kann das auch nicht anders sein. Die Befreiung der vor allem noch in Frankreich schmachtenden und zum Teil grausam behandelten Kriegsgefangenen ist eine Sache der Menschlichkeit, die jeder unterstützen wird und die nicht vom nationalistischen oder vom Parteistandpunkt aus behandelt werden darf. Der Referent gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Kriegsgefangenenfrage und schilderte die Verhandlungen, die besonders zwischen Deutschland und Frankreich in dieser Frage gepflogen worden sind. Obgleich Deutschland die französischen Kriegsgefangenen schnelligst freigegeben hat, hat Frankreich in Bezug auf die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen nicht nur viele Schwierigkeiten gemacht, sondern hält bis heute noch 115 dieser Unglücklichen zurück, die wegen angeblicher Vergehen im Gefängnis von Avignon schmachten. Aus Berichten schilderte der Redner dann, wie grausam und hart jene Leute dort behandelt werden. Die kleinsten Vergehen führen zu unmenslichen Strafen. Er forderte daher nachdrücklich die Befreiung dieser deutschen Brüder. Ein anderer junger Mann, der kürzlich aus Avignon zurückgekehrt ist, unterstützte durch die Schilderung persönlicher Eindrücke die Ausführungen des Referenten und zeigte, wie harte Strafen wegen der geringsten Vergehen dort verhängt wurden. Zwar sei das Los dieser ehemaligen Kameraden durch das Eingreifen der deutschen Regierung in neuerer Zeit gebessert worden, trotzdem herrschten dort aber noch ganz unerträgliche Verhältnisse. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die deutsche Regierung aufgefordert, trotz aller bisherigen Mißerfolge, die Befreiung der 115 in Avignon schmachtenden Kriegsgefangenen durchzusetzen. Zum Schluss gab der Versammlungsleiter bekannt, daß in den nächsten Tagen eine Sammlung für diese unglücklichen Opfer des Krieges stattfindet.

Der Seeweg nach dem Osten. Wie aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, haben die im Seebienst Disputierenden tüchtigen Reedereien, die Sahn-Linie und die Hamburg-Amerika-Linie, in Verständigung mit dem Reichsverkehrsministerium ab 1. Juni neue Tarife aufgestellt. Der bisherige Anteil des Seeweges am Fahrpreis ist von 110 Mt. auf 80 Mt. herabgesetzt, wodurch sich die Fahrpreise über den Seeweg von Hamburg-Billau von den verschiedenen Wägen zum Teil sehr wesentlich günstiger stellen, als der direkte Bahnweg durch den Korridor. So kostet z. B. eine Reise von Hamburg nach Königsberg auf dem Seewege 2. Klasse 223 Mt., mit der Bahn aber 322 Mt., 3. Klasse per Schiff 166 Mt., per Bahn 191 Mt. Der Seeweg ist also 99 resp. 26 Mt. billiger. Der Seeweg erfordert keine Bahn- und Zollformalitäten; der übliche Personalausweis genügt.

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

48. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Als er schwer und unbeholfen nach Hause kam, betäubt von Glend, Schnaps- und Zigarrendunst, fand er eine Frau auf seinem Zimmer liegen. Es war Martha. Sie hatte geweint und sich jetzt zitternd zurück, als sie sein graues Gesicht sah und die elende, schwandende Gestalt.

Sein erster Impuls war, auf sie loszustürzen und sie in seine Arme zu schließen. Aber dann ließ er sich auf einen Stuhl fallen neben der Tür und sah sie mittraulich und schon an. Er wurde schnell müde. Irgend etwas löste sich von seiner Brust und er fühlte, wie ihm die Tränen in die Augen traten. Endlich hörte er, wie sie schluchzte.

„Warum?“ — „Bist du gekommen, wollte er sagen. Aber er brachte nur das erste Wort heraus.“

„Man hat es mir erzählt, und es war so furchtbar. Ich habe hier schon zwei Stunden lang gelesen und auf dich gewartet.“

Wittkamp gab keine Antwort. Er schämte sich, weil er betrunken war, und zugleich überkam ihn ein zorniges Gefühl, denn alles, was sie ihm angetan hatte, trat ihm jetzt bitter und hart vor die Augen. Aber dann schämte er sich auch schon seiner Aufwallung, und es rührte ihn, daß sie da lag und weinte.

„Richard, ich werde jetzt nie mehr Ruhe haben. Ich bin an allem schuld, auch an diesem Leiden. Ich hab jetzt erst ein, was ich dir angetan habe.“

„Ich bin dir nicht böse“, sagte er ruhig. „Es mußte wohl alles so kommen, das ist nun einmal mein Leben. In den letzten Tagen bin ich übrigens immer des Abends auf deiner Straße gewesen. Ich wollte dich treffen und von dir Abschied nehmen. Es war ja beschlossen, daß ich austrat. Er hatte ja das Geld von deiner Frau und da konnte er mich ausbezahlen. Aber nun —“

„Ich kann es noch immer nicht fassen. Du hast dich ja doch um mein Wohl mit dem Menschen eingelassen. Du sollst

alles bekommen, was ich habe. Es gehört mir nicht, ich kann mir so durchsetzen.“

„Ach, Ansturm!“ sagte er abweisend. „So schlimm steht es mit mir noch nicht.“ Und dann kam plötzlich ganz unvermittelt die Frage über seine Lippen: „Liebst du — Gustav Bender immer noch?“

„O Gott, warum sprichst du davon? Ich will ihn ja gar nicht mehr wiedersehen. Ich will überhaupt keinen mehr sehen. Wenn du wüßtest, wie du mich quälst. Kann ich denn dafür, wenn ein Mann kommt. Hab ich jemals freien Willen gehabt? Wie wilde Tiere sind sie immer gekommen.“

Sie ließ sich auf die Lippen, aber dann fiel ihr ein, warum sie eigentlich hier war.

„O, vergiß mir, Richard. Ich bin so schlecht. Immer fühl ich dir Schmerz zu, und du bist doch der einzige, der immer gut gegen mich gewesen ist. Aber jetzt mußt du auch damit einverstanden sein, daß ich dir helfe. Ich kann es wirklich, es geht mir sehr gut. Ich verdiene wirklich mehr als ich brauche.“

Er schüttelte verneinend den Kopf. „Nein“, sagte er mit fester Stimme, „ich will das nicht. Du triffst dich übrigens. Ich brauche gar keine Hilfe.“

„Doch, du willst es mir nicht lassen. Ich verdiene auch deine Unterstützung nicht, aber du darfst mich hierin nicht zurückweisen. Du sollst nicht verzweifeln und zugrunde gehen.“

„Du meinst, weil ich heute getrunken habe?“ sagte er mit bitterem Lächeln. „O, das ist noch lange nicht das Dämmerste, was man tun kann. Vielleicht trinkst du auch noch mal, Martha.“

„Richard, ich bitte dich — hab Erbarmen!“

Plötzlich trat er dicht vor sie hin. Martha, jetzt beantwortete mit einer Frage: „Ist das Kind von mir oder von ihm?“

Sie sah ihn todesgrün an. Aber die Antwort, die sie geben wollte, magte sie nicht auszusprechen.

„Wie kann ich das wissen?“ sagte sie endlich mit tonloser Stimme und schlug die Augen nieder.

„Natürlich weißt du das!“ entgegnete er gereizt.

„Es ist mein Kind!“

„Ich will wissen, ob es mein Kind ist!“ wiederholte er noch stärker.

Sie schweig noch eine Weile. „Nein!“ sagte sie endlich fast unhörbar.

Ihr Herz pochte, denn sie wußte, daß sie lag. Aber wenn er diese Wahrheit erfahren hätte, würde er sie niemals losgelassen haben. Er mußte frei sein, sie hatte ihm schon genug Leid zugefügt. Er sollte nicht an so einer hängen bleiben, wie sie es war. Wenn er sich erst mit seinen Gedanken von ihr losgerissen hatte, dann kam er auch zu etwas. Sie selbst wollte von keinem Mann mehr etwas wissen, sie wollte für ihr Kind leben. Und einen Vater dafür brauchte sie nicht.

Eine lange Pause entstand zwischen ihnen. „Richard!“ hat sie endlich stehend. Sie hatte Angst vor dem starren Blick, mit dem er zu Boden sah.

„Geh!“ sagte er plötzlich. „Über dich — nur ein paar Worte noch! Du willst doch frei sein. Ich werde morgen die Scheidungsklage einreichen. Dann darfst du offen zu ihm hingehen.“

Sie wurde feuerrot. „Richard, schäm dich, du weißt doch ganz genau —“

„Geh jetzt!“ unterbrach er sie ungeduldig und stampfte mit dem Fuß auf den Boden.

„Aber ich muß dir helfen. Ich habe doch noch deine Unterstützung.“

„Wenn du es mir morgen brächtest, ich würde alles kurz und klein haben, ich will nichts mehr von dir wissen.“

Sie stand da und suchte mit den Augen keinen Blick zu erfassen.

„Wenn du nicht sofort gehst, dann gehe ich. Im Wirtshaus ist noch genug Platz.“

Langsam ging sie auf die Tür zu, immerfort weinend. Er sah sie nicht an, und als sie draußen war,riegelte er ab. Er hörte sie schluchzen und stehen bleiben. Dann ging sie langsam die Treppe hinunter.

Er löschte das Licht aus und öffnete das Fenster. Lange sah er ihr nach, wie sie über die Straße ging, müde und schlappend. In der Ecke drehte sie sich noch einmal um. Dann ging er hinunter in den Salon, der sich nebenan befand. Er trank ein Glas Bier nach dem andern, bis er müde wurde. Dann schlief er schwer und stumm bis in den Tag hinein.

Fortsetzung folgt.

Feuerwehrtag in Israeldorf. Am gestrigen Sonntag fand in Israeldorf der 5. Verbandstag der Freiwilligen Feuerwehren der süßbischen Landgemeinden statt. Der Ort war glockenengeladenermaßen, die auf die fürderliche Tätigkeit der Männer im Dienste St. Florians Bezug hatten, waren vielfach anzutreffen. Die Feuerwehrlisten waren recht zahlreich zu der Tagung erschienen, auch Medlenburg und Rauenburg hatten Deputationen entsandt. Es war die erste Tagung nach dem Kriege. Die Feuerwehren hielten einen Appell und eine große praktische Feuerübung ab. Das Gesellschaftshaus war als Brandherd gedacht und es galt, die Nachbargebäude zu schützen. Diese Übung verlief zur größten Zufriedenheit. Von der Feuerlöschbehörde wurde Schluß eine Gaslanblörche überwiesen. Die Schlutner Wehr war darüber sehr erfreut, denn Schlutner leidet besonders an schlechten Wasservorhältnissen. Ihre Arbeit wird durch diesen Feuerlöschapparat wesentlich erleichtert. Senator Mehrlein und der Brandinspektor hielten Ansprachen, ebenso der Vorkämpfer der gesamten süßbischen Landgemeinden, Herr Bezirksbauamann Meermann-Schlutrup. Nach Erlebung des beruflichen Tages fand in den verschiedensten Lokalen ein Ball statt. Die Tagung verlief aus alledem.

Ein Autounfall ereignete sich heute morgen in der Nähe von Roendorf. Der Personentransportwagen der Nordmark, der 7.80 Travemünde mit einigen Fahrgästen verließ, um nach Lübeck zu fahren, fuhr infolge Versagens der Steuerung bei Roendorf, kurz vor dem Bahnhofsübergang gegen einen Baum. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt und fünf Personen zum Teil erheblich verletzt. Die Verletzungen sind hauptsächlich durch Glas splitter entstanden. Eine Frau soll eine Gehirnerschütterung erlitten haben. Die Verletzten wurden durch Privatautos in ihre Quartiere geschafft.

Die Arbeitslosenvereinschaft hält diese Woche die Bezirksversammlungen ab. In denen die Wahl des Mitgliedsrates vorgenommen wird. Es ist erwünscht, daß sämtliche Mitglieder in den Versammlungen erscheinen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat Mai gemeldet: Diphtherie 12 (1 tödlich), Malaria 22, Scharlach 3, Typhus 1, Genickstarre 1, Pocken 8 (1 tödlich).

Von der Fremdenlegation. Einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes zufolge lehnt es die französische Regierung bei einiger Zeit grundsätzlich ab, die 18-20-jährigen Fremdenlegationsräte zu entlassen, wenn sie bei ihrer Verpflichtung den Tassachen zuwider erklärt haben, bereits 20 Jahre alt zu sein. Demnach sind auch Jugendliche nicht durch ihre Minderjährigkeit geschützt, wenn sie in leichtsinniger Weise den Posten der Legation nachgeben.

Abkempelmacht für Markenendungen. Am 18. wird beim Postamt 1. hier eine Markenendungsaktion in Betrieb genommen. Die Markenendungsaktion erstreckt sich auf gewöhnliche Briefsendungen (Briefe, Postkarten, Druckschriften, Drucksachen, Geschäftsbriefe, Warenproben und Mitteilungen) des inneren deutschen Verkehrs. Die Mindestzahl der einzuliefernden Sendungen soll etwa 100 Stück betragen. Freikempelungen werden ausgeführt zum Satz von 10, 15, 40 und 60 Bfg. — Die näheren Bedingungen sind beim Postamt zu erfragen. Eine besondere Gebühr wird für die Stempelung nicht erhoben.

Badeaufhalt Falkendamm. Wassertemperatur am 13. Juni morgens 6 Uhr 17°; mittags 12 Uhr 17° Celsius.

h. a. Moorgraben. Die hiesige Ortsgruppe der Jungsozialisten hielt am Sonntagabend einen Volksunterhaltungabend ab, der sich eines außerordentlichen Erfolges erfreute. Mit Hilfe der Lübecker Genossinnen und Genossen, die in statlicher Zahl erschienen waren, wurde es ermöglicht, daß jedermann zufrieden gestellt wurde. Die Deklamationen, Reigen und musikalischen Darbietungen ernteten starken Beifall. Genosse Heuer als Vertreter der örtlichen Organisation hielt eine kurze Ansprache. Von den Lübeckern sprach Genosse Ehrenholdt. Mit dem Abschied einer recht baldigen Wiederholung eines solchen Abends trennte man sich.

Angrenzende Gebiete.

Enin. Die Auflösung der Einwohnerelementen und des Selbstschutzes in den Landesteilen Oldenburg und Lübeck wird vom Ministerium des Innern erneut befohlen. Sämtliche Einwohnerelementen und einwohnerelementen, freierzeit unter Mitwirkung der Verwaltungsbeförden zum Selbstschutz gebildet, müssen in den beiden Landesteilen aufgelöst werden.

Riel. Fahrbetrieb Riel-Korsör. Die bekannte Verbindung zwischen Riel und Korsör, deren Betrieb im August 1914 eingestellt werden mußte, ist jetzt wieder hergestellt worden. Die Beförderung von Gütern nach Dänemark auf diesem Wege ist jedoch nicht durchgehendem internationalen Frachtfuhr noch nicht wieder zulässig.

Schleswig. Ein Schieberwindel recht arg. Art trug dem Landmann Max W. aus Schuby bei Kappeln vor der Strafkammer Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis ein. W. hatte dem Kaufmann G. in Wilhelmshaven 100 Kilogramm Tee zum Preise von 10 200 Mk. verkauft und die Ware von Hadersleben zum Versand gebracht und zwar in zwei Ritten, die unterwegs von der Bahn angehalten wurden, weil sie anscheinend falsch deklariert waren. Es zeigte sich, daß sie nicht Tee, sondern Steine und Steinkohlengrus enthielten. W. behauptete, er habe gemeint, mit der Tochter einer Haderwirts auf der Regelbahn des letzteren den Tee eingepackt. Er fand hiermit aber keinen Glauben, zumal die Ritten viel zu klein gewesen sind, um 100 Kilogramm Tee zu fassen.

Hamburg. Der Strafantrag gegen Hermann Reich. Die Bürgererschaft hat beschlossen, daß das Mandat des kommunistischen Abgeordneten Reich nicht erloschen sei; über den Antrag des Staatsanwalts auf Aufhebung der Immunität Reichs und zur Erteilung der Erlaubnis zu seiner Strafverfolgung wegen einer Reihe Vergehen hat der Geschäftsordnungs-Ausschuß der Bürgererschaft noch nicht beschlossen. Wie mitgeteilt wird, beschäftigte sich am Donnerstag der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Reichstages mit der Angelegenheit Reichs. Reich ist Vorstandsmitglied des Bundes der Vorbestraften. Innerhalb dieses Vorstandes sind bereits seit einiger Zeit Differenzen ausgebrochen, die ein vorbestrafter Kollege Reichs benutzte, um Strafanzeige zu machen. Reich wird beschuldigt, als Vorsitzender des Bundes Gelder unterschlagen zu haben. Weiter soll er sich widerrechtlich in den Besitz von Dokumenten gesetzt haben, um eine geordnete Rassenführung unmöglich zu machen. Auch der Aufhebung der Immunität Reichs beschuldigt, indem er aus einem Willkür ein Blatt entfernt haben soll, das einen Strafantrag enthält. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß gab dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität Reichs Strafverfolgung nicht statt, da ihm die vorliegenden Beweise nicht ausreichend erschienen.

Hamburg. Zum Konflikt im Buchdruckgewerbe. Bis zum 11. Mai, abends 7 Uhr, hatten 23 Firmen demütig und 134 Firmen hatten die Forderungen abgelehnt. Sämtliche Gebühften reichten beschlußgemäß die Kündigung ein. Seitdem der Unternehmer wurde in zahlreichen Betrieben der beschuldigt beschäftigten Buchdrucker sowie Hilfsarbeiter am heutigen Tag gekündigt. Auch eine Vertrauenspersonenversammlung des Hilfspersonal beschloß, sich den Forderungen der Schiffsdruck anzuschließen und am Montag, 13. Juni, bis 11 Uhr morgens, in allen Betrieben Forderungen, wie sie die Schiffsdruck gestellt haben,

einzureichen und bei Ablehnung der Forderungen ebenfalls die Kündigung einzureichen. Das Tarifamt soll im Vermittlung angerufen werden. Die Unternehmer scheinen es zum Bruch kommen lassen zu wollen, denn das Hilfspersonal hatte noch keine weiteren Schritte unternommen, doch nachdem die Gehilfen in den Werkstätten gestreikt hatten, hat man in einem Teil der Betriebe seitens der Unternehmer dem Hilfspersonal auch schon gekündigt.

Bremen. Arbeiterunternehmungen. Am 8. Juni ist in Bremen eine Bauhütte unter dem Namen „Gania“ mit einem größeren Stammkapital gegründet, zu dem sich immer noch neue Gewerkschaften anschließen. Aufgabe der Bauhütte ist die Ausführung sämtlicher Maurer-, Zimmerer- und Erdbauarbeiten. Die Inangriffnahme von Bauarbeiten wird in den nächsten Tagen beginnen.

Münchberg. Todesurteil. Die Geller Raubmörder, die im Februar und März die Umgebung von Celle unsicher gemacht und im März den 71 Jahre alten Rentner Bachmann aus Wienhausen ermordet und beraubt hatten, wurden vom Schwurgericht verurteilt und zwar der Maurer-Gustav Bahl und der Arbeiter Wilhelm Gohrs zum Tode, 15 Jahre Zuchthaus und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, der Arbeiter Gottlieb Bahl zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und 5 Jahren unter Polizeiaufsicht.

Münchberg. Der brave Leutnant. Vor der Strafkammer hatte sich der Leutnant der Reserve Stieglik, 3. Bz. im Munsterlager, wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Er hatte einem ausdrücklichen Verbot zuwider Leute als Soldaten eingestellt, die mit Urkundenfälschung versehen, um ihnen dadurch den Zutritt zum Munsterlager zu ermöglichen. St. hatte falsche Listen geführt, indem er Namen von Soldaten mit aufführte, die gar nicht mehr da waren, und hatte in den Lohnungslisten über den Empfang dieser Löhnungen mit den Namen der nicht vorhandenen Soldaten quittiert. Die unterschlagenen Gelder und die Verpflegungsmittel hat er für sich allein nur für seine Leute verwendet; er selbst hat keinen Vorteil gehabt. So erzählt er. Angehört solcher Gutmutigkeit muß auch der Härteste weichen werden. Der Staatsanwalt wollte den liebevollen Menschen noch 3 Monate brummen lassen. Das ging aber den einschüchternden Richtern zu weit. Betrug und Urkundenfälschung „aus Liebe zu seinen Leuten“. Ueberzeugung des Verurteilten Soldaten einzustellen, falsche Listenführung — dafür ist Münchberger Richter ein Monat Gefängnis hoch genug. Ungeheuerlich, daß man den braven Mann überhaupt verurteilte. Eine Belohnung für sein edles Tun wäre angebracht gewesen. Dann hätten auch die Richter an unserer Rechtsprechung unsern „Rechtsstaat“ wirklich erkannt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Waldburger Bergarbeiterstreik beendet. Die Delegierten der niederösterreichischen Gruben sind in ihrer großen Mehrheit eingetroffen. Der Streik ist beendet.

12. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

kr. Hamburg, 10. Juni.

Boese und Dorn-Berlin erluchten, die bisherige Bewegungsfreiheit der Berliner in Lohnbewegungen nicht einzuschränken. Sie und noch andere Redner (Meyer-Nürnberg, Reissner-Zwida, Wenzel-Höf) empfahlen, die bisherigen Verhandlungsergebnisse als unzureichend zu bezeichnen.

In der Abstimmung wurde folgende, von den Referenten eingereichte Resolution angenommen:

„Der Verbandstag erneuert seine früheren Beschlüsse über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Abschluß von Tarifverträgen. Er erklart in dem Ausbau und in der Zusammenfassung der bisherigen örtlichen, betrieblichen und beruflichen Verträge zu Landes- und Reichstarifverträgen für absehbare Zeit einen geeigneten Weg, zu einem einheitlichen Vertragsrecht für die Arbeitererschaft der gesamten deutschen Holzindustrie zu kommen.“

Beim Abschluß künftiger Verträge ist auch fernerhin ein bester Ausbau der Arbeiterferien, die Regelung des Zehrlingswesens und die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitererschaft in den Betrieben in den Vordergrund zu stellen. Besonders in den kleinen Betrieben muß überall die Schaffung einer Betriebsvertretung mit den gleichen Befugnissen gefordert werden, die das Betriebsrätegesetz der gewählten Arbeitervertretung übertragen hat.

Der Verbandstag protestiert gegen die endlose Verschleppung der zentralen Verhandlungen über die Erneuerung des Reichsvertrages für das deutsche Holzgewerbe durch die Arbeitgeberverbände. Er billigt die Haltung der Arbeitnehmervertreter bei diesen Verhandlungen. Die vorliegenden Verhandlungsergebnisse stellen, wenn die noch ausstehenden Punkte im Sinne der Arbeitnehmervorschlüge erledigt werden; ein Mindestmaß für das Zustandekommen des Reichsmanteltarifvertrages dar. Jede Verschleppung dieser Verhandlungsergebnisse lehnt der Verbandstag entschieden ab. Sofern der letzte Versuch, die Verhandlungen durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums zu einem friedlichen Ende zu führen, an dem Widerstand der Arbeitgeber scheitern sollte, sind die deutschen Holzarbeiter gewillt, ihre Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln in die Tat umzusetzen.“

Eine Reihe von weiteren Anträgen zur Annahme, welche bezogen, jeden Unternehmerverstoß, den Achtundtag zu durchbrechen, mit aller Schärfe zuzuwenden; auch den Versuch, den Achtundtag dadurch zu durchbrechen, daß bei Kurzarbeit die Wochenstunden auf wenige Wochen zusammengelegt würden; tariflich für Betriebe mit weniger als 5 Beschäftigten ebenfalls eine Vertretung nach dem Betriebsrätegesetz zu schaffen; tariflich die Vertretung der Unternehmer zur Vertretung der Werkzeuge der Arbeitnehmer gegen Feuergefahr nach dem jeweiligen Geldwert festzulegen; in Gemeinschaft mit dem Metallarbeiterverband einen Reichstarif für die Waggonindustrie zu schaffen.

Dem Vorstand zur Berücksichtigung überlassen wurde tarifliche Festlegung der Bezahlung aller auf einen Wochentag fallenden gesetzlichen Feiertage, sowie Bezahlung der Karenztage durch den Arbeitgeber für unfallbetroffene Maschinenarbeiter zu erwirken. Ferner für Schaffung eines Reichstarifs für die Sägewerke, für die Schiffsbauindustrie und für die Korbmacher einzutreten, sowie bei der Teilnahme an den Städtekonferenzen abzuweichen auch die kleinen Städte zu berücksichtigen.

Durch ein Sympathietelegramm übermittelte der Verbandstag den seit 28 Wochen im Abwehrkampf stehenden Werftarbeitern Englands Grüße und Wünsche auf vollen Erfolg.

Zu einem großen Referat über „Gewerkschaftliche Zeit- und Streikfragen“ ging Tarnow davon aus, und führte eine Reihe von Beispielen dafür an, daß man über eine ganze Reihe der heute aufgetauchten und die Arbeiterbewegung zerpflückenden und schwächenden Streitfragen sich schon früher in der Bewegung unterhalten. Der Untergrund sei nur der, daß heute ein Teil der Kampfzettel ihre meist gar nicht neue Auffassung in diesen zum großen Teil alten Streitfragen als vollständig neue Erkenntnisse ansehe, wegen der man sich nun eventuell bis zur Todesfeindschaft und Zerpflückung betreiben müsse. Zu diesen alten Streitfragen gehöre auch die Auffassung, daß man

nur die politische Macht zu erringen brauche, um dann auch die wirtschaftlichen Verhältnisse gewalttätig umändern zu können, eine Auffassung, die durch die Verhältnisse in Rußland und durch die Konfessionen, die jetzt die dort herrschende politische kommunistische Gewalt dem Kapitalismus machen muß, glänzend widerlegt werde. Aber trotzdem: jener Auffassung huldigen die Kommunisten. Ihr gegenüber steht die alte sozialistische Auffassung von der organischen wirtschaftlichen Weiterentwicklung und auch die darauf gestützte Praxis der Gewerkschaften. Ihrer ganzen Grundanschauung nach müsse die kommunistische Partei sich gewerkschaftsfeindlich betätigen, und Redner erklärte nun an Richtlinien, Beschlüssen und Taten der kommunistischen Parteien, daß sie sich auch tatsächlich gewerkschaftsfeindlich betätigen, und zwar auf Diktat Moskaus, das für die deutsche Gewerkschaftsbewegung nichts anderes übrig hat, als grenzenlose Verachtung. Dazu aber besteht nicht das Maß von Erfahrung und daher nicht das Recht, bei den Moskauern, dessen Vertreter sowas! dem Genossen Legien auf die Frage, wie lange er sich denn schon gewerkschaftlich betätigt, antwortete: „Schon seit dem Jahre 1917.“ (!) Der Redner schildert nun eingehend, welche Verhältnisse die Führer von Moskau in Rußland herbeigeführt haben und wie die deutschen Gewerkschaften es machen müssen, um sich die Gunst der Führer von Moskau zu erwerben. Er schilderte die jetzt zentral organisierte Keimzellenbewegung der Moskauerhänger in den Gewerkschaften, der gegenüber insbesondere der Holzarbeiter-Moskau bisher eine sehr große Ruhe und Nachsicht bewiesen habe, der aber jetzt die Gewerkschaften zu Reibe reiben müßten durch Mehrheitsentscheidungen ihrer Verbandstage, denen sich alle zu fügen haben. Als solche Entscheidung vertrat der Redner Richtlinien, in ihren Hauptabschnitten folgenden Inhaltes: „Zur kommunistischen Keimzellenbewegung. Der Verbandstag bekennt sich für den Verband zur parteipolitischen Neutralität, ohne damit den Verzicht auf sozial- und wirtschaftspolitische Betätigung auszusprechen. Der Verband darf nicht zum Tummelplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen gemacht werden. Die organisatorische Trennung der Verbandsmittelglieder nach politischen Fraktionen zerstört die für den gewerkschaftlichen Kampf unerlässliche Geschlossenheit und ist unvereinbar mit dem Geist des Verbandes und dem Wortlaut des Statuts. Der Verbandstag weist mit Entschiedenheit die Versuche zurück, den Verband in das kommunistische Fahrwasser zu leiten und ihn der kommunistischen Partei auszuliefern. Die zur Durchführung dieser Absicht in einzelnen Zirkeln gebildeten kommunistischen Keimzellen zerrütten das Verbandsgesamte und schwächen die gewerkschaftliche Kampfkraft. Sie sind ein Krebsgeschwür, den auszurotten allen Zahlstellen zur Pflicht gemacht wird. In der Verbindung der Keimzellen untereinander und der Abhaltung von Sonderkonferenzen steht der Verbandstag eine Nebenorganisation, die die Tendenz der Abspaltung in sich trägt. Die Teilnahme an diesen Veranstaltungen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Verband. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit allen statutarischen Mitteln der verderblichen Keimzellenbewegung entgegenzutreten. Der Verbandstag steht in der Moskauer sogenannten Gewerkschaftsinternationale lediglich den Versuch, die Gewerkschaften ebenso zu spalten, wie die politischen Arbeiterorganisationen gespalten wurden. Er lehnt jede Gemeinschaft mit Moskau ab und bekennt sich noch wie vor zum internationalen Gewerkschaftsbund, sich Umherdam.“

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft: Ausgehend von der Überzeugung, daß sich die Mitwirkung der Arbeiter an Gestaltung des Wirtschaftslebens nicht auf die Regelung des Arbeitsvertrages beschränken darf, sondern ausgebreitet werden muß auf die gesamte Wirtschaftsführung, fordert der Verbandstag eine Organisation der Wirtschaft, bei der den Vertretern der Arbeitnehmer verfassungsmäßig und gelegentlich der ihnen gebührende Einfluß gesichert ist. In dem Maße, wie diese Wirtschaftsorganisation verwirklicht wird, verlieren die Arbeitsgemeinschaften ihre Bedeutung und werden schließlich ganz überflüssig. Der Verbandstag hält jedoch die Zeit noch nicht für gekommen, um auf die Benennung der Arbeitsgemeinschaften verzichten zu können. — Ein weiterer Abschnitt empfiehlt Maßnahmen zur Abmahnung des in der Zukunft liegenden Überganges zu Industrie-Verbänden.

Den ihrer ganzen Grundtendenz nach sachlich belehrenden Ausführungen des Referenten folgten wiederholt starke Zustimmungsausrufen und am Schluß starker Beifall. — Es wurde sofort beschlossen, das Referat den Delegierten möglichst schnell im Wortlaut zukommen zu lassen.

Es wurde beantragt, Müller-Halle eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren. Das Bureau selbst schlug für Müller-Halle und Stöver-Müßelhof je eine halbe Stunde Redezeit vor und der Verbandstag beschloß demgemäß.

Aus aller Welt.

Sieben Personen ertranken. Eine schwere Hochwasserkatastrophe überflutete die drei Täler Bielach, Traisen- und Perschlingtal bei Scheibitz in Niederösterreich. Ein Wolkenschwall brachte die Flüsse und Bäche im Umkreise von 800 Metern zur Ueberflutung. Die über die Ufer getretenen Fluten rissen große Mengen Hochwasser mit sich, stürzten Baumstämme ein und zerstörten Bahndämme, Straßen, Brücken und Telegraphenstangen. Da der höchste Wasserstand mitten in der Nacht erreicht wurde und das elektrische Licht durch Zerstörung der Kraftwerke versagte, waren die Rettungsarbeiten sehr erschwert. Sieben Personen ertranken. Außerdem ist der Verlust von sehr vielen Tieren zu beklagen. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Kronen.

Unglück auf dem Rummelpfad. Auf dem Wittenberges Rummelpfad ereignete sich ein schweres Unglück. Aus einer Rummelpfad führte ein Schauffeld mit mehreren Insassen aus einer Höhe von 7 Metern herab und rief einen anderen Schauffeld mit sich. Sechs Personen trugen schwere Verletzungen davon.

Theater und Musik.

Das Freilicht-Theater Schwabau. Bis hierher vom Wetter wenig begünstigt gewesen. Darunter litt die „Persephone Gode“, die zuerst zur Wiederbelebung gelangte, und gestern fast noch mehr die im warmen Süden spielende „Johanne“ Goethes. Alles war, die leichtgelebte Tochter Agamemnon, die tapfer ihre Sache zu Ende führte, und das Publikum, das die herrlichen Werke der Dichtung zu hören sich bemühte und nicht vom Blitze wich. Allzu zahlreich war es unter den angebotenen Wetterbedingungen begreiflicher Weise nicht. Der Garten des Kurhauses stellte die Szene dar: ein dort befindlicher Pavillon den Tempel Diana's, umrandet von den regen Wipfeln des alten, heiligen dachbelaubten Gains in Gestalt hoher Buchen. Bei einiger Phantasie, und wenn man sich die prosaischen Wirtschaftsstühle und einiges andere weg; dafür wieder anderes hinzudenkt, mag das immerhin gehen; wenn der Schauplatz auch nicht ideal ist. Sehr schön war es jedoch, wenn in der großen Zwiebelhalle zwischen Johanne und Thos das mit Benzingeruch verbundene Geknist eines wiederholt angeführten und persagenden Motors eines Motors rades sich hineinmischte, wie das gestern geschah. Im troianischen Krieg war die Technik doch schwerlich schon auf der gegenwärtigen Höhe. Die Mitwirkenden waren strebend bemüht, ihre große und lästige Aufgabe trotz der Ungunst der Verhältnisse würdig zu lösen.